



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pettzeile 1,25 Mark, Lebens- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 25. bis 31. Juli 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 31 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der siebente ordentliche Verbandstag in Frankfurt a. M.
 Dienstag, den 13. Juli 1920
 Vormittags-Sitzung.

Fortsetzung der Debatte über den Geschäftsbericht.
 Der Vorsitzende des Oesterreichischen Generalverbandes, Kollege Mühlberger, hat abreisen müssen. Kollege Seib vom Buchdrucker-Verband erscheint während der Sitzung und wird vom Vorsitzenden Glöckl herzlich begrüßt.

Roehl-Verbandsvorstand. Kollege Bucher hat sich seine Kritik im Hauptvorstand leicht gemacht. Die neuen Vorstandsmitglieder hatten es sich vorgenommen, die Interessen aller Kollegen und Kolleginnen zu wahren und müssen die Vorwürfe Buchers zurückweisen, daß sie kein Verantwortungsgesühl gehabt hätten. Der Vorstand war nur nicht, wie Bucher behauptet, arbeitsunfähig. Allerdings sind die Meinungen oft geteilt gewesen und niemand kann, um dem Vorsitzenden einen Gefallen zu erweisen, seine Auffassung ihm zu Liebe ändern. Wir tun weiter nichts, als was andere auch tun würden, die nicht Mitglieder der U. S. P. sind, wir vertreten eben nur unserer politische Auffassung in der Gewerkschaft. Sozialistische Grundsätze sind immer für mich maßgebend gewesen, niemals aber haben wir Parteipolitik getrieben. Ich kann an Beispielen beweisen, daß wir unsere Arbeit im Verbandsvorstand nicht nur als Berliner Mitglieder aufsaßen. Bewiesen haben wir das besonders bei der Bewilligung der Streikunterstützung für Solingen. Über abgesehen von den grundsätzlichen politischen Auseinandersetzungen, bei denen es manchmal hart herging, haben wir auch mit dem Vorsitzenden und den andern Vorstandsmitgliedern kollegial und kameradschaftlich verkehrt, haben harmonisch in rein gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen Angelegenheiten zusammen gearbeitet. Kollege Nord ließ einmal im Verbandsvorstand das Wort fallen: „Was werden unsere Berliner Mitglieder dazu sagen?“ Ich habe ihn gleich angestoßen und gesagt: „Wie kannst Du so etwas sagen, weißt Du nicht, daß Kollege Bucher auf einen solchen Ausbruch wartet.“ Nicht wir sind es, die die Arbeit im Vorstand erschweren und dem Kollegen Bucher einen Vorwurf wegen seiner politischen Besinnung machen, nein, der Vorsitzende verübelt uns unsere politische Auffassung und macht den Vorstand arbeitsunfähig. Der Kollege Bucher bringt nur den kleinsten Teil der Korrespondenz mit den Zahlstellen im Vorstand zur Kenntnis und unterrichtet uns nicht von allen Vorgängen im Verbands. Wir wurden oft plötzlich vor Tatsachen gestellt, sollten Stellung nehmen zu oft sehr wichtigen Beschlüssen, ohne eingehend informiert zu sein. Die Crimmitzschauer Angelegenheit ist nur ganz kurz und flüchtig berührt worden. Der Vorstand soll doch eine Kontrollinstanz der Geschäftsführung des Vorsitzenden sein, wir müssen daher Aufklärung über alles, was der Vorsitzende unternimmt, haben. Die von Bucher verfaßten Rundschreiben haben dem Vorstand zur Beratung und Beschlußfassung nicht vorgelegen, wir erhielten sie nach der Fertigstellung

einfach zugestellt. Das Rundschreiben Nr. 52, über das Wahlreglement, ist uns nicht bekannt geworden, der Vorstand hat es nicht zum Beschluß erhoben. Der Antrag der Berliner Ortsverwaltung über die Aenderung des Wahlmodus war mir sehr sympathisch. Bucher aber sagte sofort: „Wenn dieser Wahlmodus angenommen wird, dann mache ich nicht mehr mit.“ Wir mußten uns daher fragen, was machen wir, wenn Bucher zurücktritt? Der Antrag selbst wurde zwar abgelehnt, aber die Urabstimmung über den Berliner Antrag wurde beschlossen und diesen Beschluß hat der Vorsitzende nicht durchgeführt; dagegen hat er ein Rundschreiben hinter dem Rücken der Vorstandsmitgliedern an die Gauleiter gerichtet, in dem er auf die Wirkung des Berliner Antrages aufmerksam machte und die Gauleiter hat, ihm ihre Stellungnahme zu dem Berliner Antrag umgehend mitzuteilen. Er betonte aber ausdrücklich, daß er diesen nach seiner Meinung statutenwidrigen Antrag nicht durchführen würde. Er versuchte also dadurch, die Gauleiter in seinem Sinne zu beeinflussen. Nach Bobahls Ansicht hätten wir durch Annahme dieses Antrages 30 000 Mark gepart. Wir wollten, als wir Kenntnis von dem Rundschreiben erhielten, eine kurze Notiz in die „Solidarität“ bringen, in der wir es als persönliche, private Meinung Buchers bezeichneten. Trotz des einstimmigen Beschlusses der Reaktionskommission und der Zusage des Redakteurs, ist diese Erklärung bis heute nicht erschienen. Wahrscheinlich hat Bucher den Redakteur dazu veranlaßt.

Bobahl-Verbandsvorstand stellt kurz richtig, daß im Falle Crimmitzschau der Kollege Schulze von der Zahlstelle gerufen wurde und die nächste Vorstandssitzung sich damit beschäftigte. Alle Rundschreiben, die nicht zur Genehmigung vorlagen, enthalten rein sachliche Mitteilungen über Teuerungszulagen. Eine Beschwerde darüber ist nicht von Roehl eingegangen. Wenn längere Zeit keine Vorstandssitzung stattfand, so lag das daran, daß Bucher verreist war und kein Vorstandsmitglied die Einberufung einer Sitzung verlangte.

Schmidt-München. Wir haben das Material des Kollegen Roehl gegen den Verbandsvorstand doch für reichhaltiger gehalten. Was er vortrug war recht dürftig und zeigte, daß er bürokratisch ist als diejenigen, denen er diesen Vorwurf macht. Heute wird Marx so oft und ebenso falsch zitiert, manche glauben, daß sie den Kapitalismus mit Mundaufreißern vernichten können. Der Kapitalismus ist heute stärker als je. Die Befreiung vom kapitalistischen Joch bedingt nicht große Redensarten. Bei vielen Leuten ist die Politik nur eine Magenfrage. — Bei der Wahl des Kollegen Bucher hat die Gauleiterkonferenz mit Recht bestimmt, daß nach dem Tode der Kollegin Thiede nur durch eine Urwahl der neue Vorsitzende gewählt werden kann. Bucher hat sich dem Votum der gesamten Mitgliedschaft unterworfen. Die Vorsitzführer der Opposition vergessen so sagen, wie sie es besser als Bucher gemacht hätten. In unserem Verband sind die befähigten Personen nicht so zahlreich vorhanden. Es ist unmöglich, alle Zuschriften an den Verbandsvorstand der Sitzung vorzulegen, nicht einmal eine Ortsverwaltung kann das machen. Das beanstandete Rundschreiben hätte allerdings der Vorsitzende dem Vorstand und der Gesamtmemberschaft zur Kenntnis bringen müssen, damit alle Mitglieder den Berliner Antrag behandelt hätten. Eine linksorientierte der Verbandsvorstände wird und muß kommen, aber die Drohungen

der Opposition bezwecken eine Spaltung des Verbandes. Wenn die Opposition an den Grundfesten der Organisation schüttelt, wird sie den geschlossenen Widerstand der süddeutschen Kollegen finden, die entschieden dazu Stellung nehmen werden.

Großmann-Berlin behauptet, daß der Redakteur nicht die Minderheit zu Worte kommen ließ. Den Artikel des Kollegen Banselew-Berlin, der rein sachlich und nicht parteipolitisch gehalten war, hat der Kollege Schulze abgelehnt. Dagegen hat er einen Artikel der Kollegin Bobahl, die für eine bestimmte Partei Propaganda machte, gebracht. Eine Erwiderung von mir wurde abgelehnt, trotzdem rein sachlich die andere parteipolitische Seite darin beleuchtet wurde. Auch der Verbandsstärker Bobahl tritt als ein kleiner Bismarck auf. Die Anwürfe gegen die Stellungnahme der Berliner Mitgliedschaft gegen den Reichstarif in der „Solidarität“ verlangen von uns Erwiderung und dabei sei nur kurz darauf hingebaut, daß trotz der Hilfe, die Bucher vom Reichsarbeitsminister verlangte, der Reichstarif nicht zur Einführung kommen konnte, da niemand die Unternehmer zwingen konnte, den Tarif anzuerkennen. Wer war es also, der den Tarif abgelehnt hat? — Die „Solidarität“ berichtet, daß Kollege Bucher Berlin und Hamburg zu den 90 Prozent der Teuerungszulage verholpen hat. Der Redner schildert eingehend, wie in den Tagen des Kapp-Putsch die Berliner Verhandler, durch den Kollegen Bucher aufgefordert und veranlaßt, mit den Unternehmern in Verbindung traten und nicht eher die Verhandlungen aufnahmen, bis die Vertreter der Prinzipale die Forderungen der Provinzorte bewilligt hatten. In der „Solidarität“ werden wir aber als diejenigen hingestellt, die die Interessen unserer Provinzkollegen schädigen. Es ist nicht wahr, daß in Berlin nur Mitglieder einer bestimmten politischen Partei sich zur Wahl stellen dürfen. Aus Nr. 28 der Zeitung geht klar hervor, daß ein derartiger Beschluß nicht besteht. Uns steht die Sache über der Person, man muß für seine Ideale Opfer bringen können. Wir wissen, daß der wirtschaftliche Kleinkampf genau so notwendig ist wie früher. Manche Führer aber nehmen an, daß nur sie recht haben und die meisten Arbeiter zu dumm sind, um sie zu begreifen. — Entgegen preisen die Gewerkschaften die Demokratie. Entfinnen wir uns aber, was Begien in einer Ausschusssitzung im August 1914 sagte, damals wollte er selbst unter den gegebenen Umständen die Demokratie ausschalten. In den Arbeitsgemeinschaften halten jetzt sogar die Gelben Einzug, die freien Gewerkschaften müssen sich mit ihnen an einen Tisch setzen. (Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt darauf, wenn dieser Fall eintritt, werden die freien Gewerkschaften austreten.) Von bürgerlicher und rechtssozialistischer Seite sogar werden die Arbeitsgemeinschaften als Hort des Kapitals gekennzeichnet, die Arbeitervertreter werden dort für Unternehmerrzwecke mißbraucht. Es ist eine Täuschung wenn man glaubt, die Arbeitsgemeinschaften als Mittel zum Zweck gebrauchen zu können. Der Redner bringt Belege für die Konzentration des Kapitals. Auch in unserem Gewerbe werden ähnliche Vorgänge beobachtet. Die Anläufe des Großunternehmers Stinnes zeigen, wohin die Reise geht. Die Folgen sollten allen Arbeitern klar sein. Wie ist es möglich, daß viele Arbeiter diese Anzeichen nicht richtig deuten? Ganz rücksichtslos gehen die Unternehmer vor und sabotieren das Gewerbe. Die Kaufleute und Schließungen der Betriebe machen Laufende von

Arbeitern brotlos und dabei sehen die Behörden die Unterstützung für Erwerbslose herab und die Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat beschlossen, keine Lohnerhöhungen mehr zu bewilligen. Wir zersplittern nicht, wir zerstören nicht, wir wollen sammeln. Sehen wir uns zusammen, versuchen wir, einen Weg der Einigung zu finden.

Krummrei - Berlin. Vornehmlich muß es der 1. Vorsitzende des Verbandes sein, der die Fesseln der Organisation, das Statut, so befolgt, wie er es von andern verlangt. Nach dem Tode der Kollegin Thiede beschloß eine Gauleiterkonferenz am 10. März, daß der bisherige 2. Vorsitzende die Geschäfte des Verbandes weiter führen soll. Ueber die Kompetenz der Gauleiterkonferenzen ist im Statut nichts enthalten, nur der Verbandsvorstand hat ein Provisorium zu schaffen, wenn ein Mitglied ausscheidet. Die nächste Gauleiterkonferenz beschloß jedoch, durch Abstimmung den 1. Vorsitzenden zu wählen. Warum das geschah, geht uns nichts an, das Statut ist für uns maßgebend. Für diese Wahl wurden Wahlbestimmungen herausgegeben, die anders als die für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag geltenden waren. Damals war die Wahl in Betrieben gestattet, eine Wahlkommission nicht notwendig, die Vertrauenspersonen konnten die Stimmzettel einsammeln. Die Wahl in Berlin war einwandfrei. In manchen Provinzorten aber wurden mehr Stimmen abgegeben als Mitglieder vorhanden waren. Nach der erfolgten Wahl des Vorsitzenden wurde dann der Posten des Redakteurs durch Beschluß der Redaktionskommission besetzt. Die Besetzung des Verbandsvorstandes unter dem Vorsitz von Bucher durch Berliner Mitglieder war nicht nach seinem Sinne. Er machte in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, daß der Verbandsvorstand darum arbeitsunfähig sei, weil Berlin nur Anhänger des „unverfälschten, revolutionären Ratesystems“ wähle. Gegen den Widerspruch der Parteimitglieder Marx, Krummrei, Baruhn wurde Sparprämieneinleihe gezeichnet. Ein von Krummrei ausgenommenes Protokoll einer Gauleiterkonferenz wurde den Teilnehmern nicht übergeben, Bucher legte ein anderes Protokoll vor. Der Ausschluß von Krummrei und Marx aus dem Verbandsvorstand ist auch nach der Geschäftsordnung und der Auslegung, die Kollege Bucher ihr gab, unzulässig. Dieser Ansicht schloß sich auch die Berliner Mitgliedschaft an, die die ausgeschlossenen Kollegen und den Kollegen Baruhn wiederwählte. Dadurch, daß die Kollegin Wichmann ihr Mandat niederlegte, bestand der Verbandsvorstand nur aus 3 Personen und der Kollegin Langer als Revisorin, war also nicht beschlußfähig. Trotzdem wurden durch den Vorsitzenden die wiedergewählten Mitglieder nicht zu einer Sitzung eingeladen. Er gab aber in dieser Zeit mehrere Rundschreiben heraus, die „F. A. E. Bucher“ gezeichnet waren. Alle Beschlüsse während dieser Periode waren und sind daher ungültig. Erst am 29. März trat der Verbandsvorstand wieder vollzählig zusammen, um die Erhöhung der Beiträge vorzunehmen.

Krummrei - Leipzig. Wir dürfen die Arbeitsgemeinschaften nach den gemachten Erfahrungen nicht als Mittel zum Zweck betrachten. Das hieße ihren Charakter durchaus verkennen. Die Frage ist aufzuarbeiten, ob die parteipolitische Stellung einer Anzahl von Mitgliedern in der Gewerkschaft zum Ausdruck kommen darf. Die Spaltung der Arbeiterpartei ist zurückzuführen auf die Haltung der Gewerkschaften in der Kriegspolitik. Nach einem Vortrage Legiens 1915 in Berlin sollten die Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln die aufstrebende Opposition unterdrücken. Die heutige Opposition hat eine prinzipielle Grundlage. Zur Unterdrückung dieser Opposition wird die Meinungsfreiheit unterbunden. Bucher verlangt von dem Verbandstage Mittel, die Opposition unmöglich zu machen und zu beseitigen. Damit würde aber die Einheit des Verbandes gefährdet sein. Das soll keine Drohung, sondern eine Mahnung sein. Bei dem immer mehr zur Entscheidung drängenden Kampfe gegen Kapital und Unternehmertum kann man mit den Harmonietendenzen nichts ausrichten. Durch die Arbeitsgemeinschaft wird man das Wirtschaftsleben nicht aufrichten können. Bei der Schärfe der Gegensätze innerhalb des Verbandes wird manchmal die sachliche Auseinandersetzung leiden. Wenn die Opposition von manchen als Zerstörer der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet wird, so beruht das oft auf Unkenntnis der betreffenden. Wir fördern keine syndikalistischen Bestrebungen, wir wollen die Einigkeit in den Gewerkschaften. Der Redner wendet sich in scharfen Worten gegen den Gauleiter Behrendt, der die Wortzahlstelle Leipzig im Rechenschaftsbericht verächtlich gemacht hat. Behrendt hat seit März 1919 keine Versammlung in Leipzig besucht und den Mitgliedern für sein Verhalten persönlich keine

Rechenschaft gegeben. Der Gauleiter glaubte seine Vertretung der Leipziger Mitglieder so auffassen zu müssen, daß er die Vertrauensleute ein paar Mal zu den Unternehmern betteln schickte. Sein Standpunkt ist trostlos: ich bin die Organisation, ich zahle die Beiträge, weil ich die Zulagen heraushole. Würde er seine Stellung als Arbeitervertreter auffassen, so wäre es nicht zu Differenzen gekommen. Der Gauleiter Behrendt tritt aber wie ein Symbiote einer Unternehmerorganisation auf.

Nachmittagsitzung.

Herrmann - Dresden. Der Antrag zur Schaffung eines Industrieverbandes ist auf allen Generalversammlungen wiedergekehrt. In letzter Zeit ist auch von den Buchbindern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses anerkannt. Heute sind wir ja nicht mehr das kleine Kind, das sich hilflos an den großen Bruder wendet. Die Geschlossenheit der Unternehmer zwingt die graphische Arbeiterschaft zur organisatorischen Einheit. Durch das Drängen der Mitgliedschaften sind die Zentralvorstände zur Gründung des Graphischen Bundes veranlaßt worden. Der Graphische Bund kann jedoch nur als Sprungbrett zum engeren Zusammenschluß angesehen werden. Mit den bestehenden Satzungen ist vorläufig noch nicht viel anzufangen. Die zwingende Notwendigkeit der Vereinigung der graphischen Arbeiterschaft ist auch durch die in unserem Gewerbe neuerdings beobachteten Erscheinungen der Schließung und des Ausverkaufs von Druckereien gegeben. — Die Schlüsselausführungen im Geschäftsbericht des Vorsitzenden, in der er die Beseitigung der Opposition verlangte, sind wohl ein taktischer Fehler. Ein gewisser Despotismus im Hauptvorstand ist vorhanden, der schon 1914 in den Worten der Kollegin Thiede zum Ausdruck kam, als sie mit Niederlegung ihres Postens drohte, wenn der Antrag zur Schaffung eines Ausschusses angenommen würde. Was will denn die Opposition in unserm Verbands? Sie erstrebt die Kräftigung der Organisation. Jeder Richtung muß im Verbandsrechnung getragen werden. Verbandsausschuß und -beirat sollen zur Unterstützung des Vorstandes dienen. Durch die Ablehnung dieser Anträge würden die unionistischen Tendenzen im Verbands gefördert werden. Der Vorsitzende sollte die oppositionelle Strömung in ein richtiges Bett zu leiten versuchen, wie sich Genosse Grzymann einmal ausdrückte. Von verschiedenen Seiten ist unsere Situation als recht trübe gesehnt worden, so daß wir schließlich wieder zur Waffe des Generalstreiks greifen müssen, den der Kollege Behrendt als revolutionären Firtelgang bezeichnet hat. — Die Verbandszeitung sollte für unsere Frauen interessanter ausgestaltet werden. Sie müßte mehr Bildungsorgan für die weiblichen Mitglieder sein. Auch sollte sie volle Meinungsfreiheit verbürgen. Der „Korrespondent“, als reaktionär verzeichnetes Organ, übt in dieser Hinsicht mehr Toleranz als die Redaktion der „Solidarität“ und läßt alle Meinungen zu Worte kommen.

Bucher erklärt, in seinem Geschäftsbericht nicht gesagt zu haben, wir müssen Mittel und Wege zur Beseitigung der Opposition finden, er habe ausgeführt, die Opposition als geschlossene Körperchaft dürfe nicht gebildet werden.

Gloth - Berlin. Die in Berlin vorgenommenen Wahlen zum 1. Vorsitzenden sind ordnungsgemäß vorgenommen worden, bis auf eine Unregelmäßigkeit, die nicht entschuldigt werden soll. — Einer der schärfsten Wünsche des Hilfspersonal ist immer die Schaffung des Industrieverbandes gewesen, aber die größten Schreier nach dem Industrieverbande werden bei der Verwirklichung kaum auf ihre Kosten kommen. Der Verbandstag sollte sich den Antrag Dresden zu eigen machen, der sich treffend zum Zusammenschluß im graphischen Gewerbe äußert. — Seiner Ansicht nach war es 1918 kein Fehler, daß man sich mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft abfand. Im Vorjahre aber waren Gründe dafür nicht mehr vorhanden. Die Arbeitsgemeinschaften können nicht mehr nutzbringend für die Arbeiterschaft angesehen werden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach hat bisher noch wenig geleistet. Die Brot- und Kartoffelzulage ist ja eigentlich auch durch die Tarifinstanzen des Gewerbes vereinbart worden. Außerdem ist die Unterscheidung zwischen Verheirateten und Ledigen bei Bemessung der Zulage kein Fortschritt auf dem Gebiete der Lohnpolitik. In der Bezahlung der Streittage haben die Arbeitsgemeinschaften ganz versagt. Nur in der chemischen Industrie ist man dem Wunsch der Arbeiter zum Teil nachgekommen. Die Arbeitsgemeinschaften sind heute nur als Mißgeburt zu betrachten. Hinweg mit ihnen! — Im Jahre 1918 bestand noch ein ziemlich gutes Verhältnis zwischen Berlin und dem Verbandsvorstand. Wenig später zog ein anderer Geist in die Zentrale ein, die nicht dem Statut entsprechende Beschlüsse faßte. Auf der

Gauleiterkonferenz habe ich schon ausgeführt, daß der Verbandsvorstand nicht mehr arbeitsfähig ist und die Gauleiter haben in eigener Sache beschlossen, da man sich im Verbandsvorstand nicht einigen konnte. Ich weiß nicht, wer Schuld in der Verbandsleitung hat, aber so darf es nicht bleiben, daß hier vier und dort drei Personen auf ihrem Standpunkt beharren und zu keiner Einigung kommen. Darunter leiden die Geschäfte des Verbandes. Fragte man den Kollegen Bucher, warum keine Verständigung erzielt werden konnte, so beschuldigte er den anderen Teil, daß er die Politik von der Gewerkschaft nicht trennen könne. Wenn es mir möglich ist, als Mitglied der S. P. D. in der Berliner Ortsverwaltung praktische Arbeiten zu leisten, so muß ich auch Bücher im Verbandsvorstand mit seiner Sachlage abfinden und eine Zusammenarbeit ermöglichen. Ganz wird sich Politik und Gewerkschaft nicht trennen lassen. Auch Mitglieder der Berliner Ortsverwaltung billigten nicht die Maßnahmen der Propagandakommission, nachdem aber ein entsprechender Beschluß in der Mitgliederversammlung gefaßt wurde und die Tätigkeit der Propagandakommission gefordert wurde, mußte auch die Ortsverwaltung diesem Beschluß entsprechen. Beide Parteien im Verbandsvorstand berufen sich auf das Verbandsstatut. Die Satzungen entsprechen jedoch bei weitem nicht mehr den neuzeitlichen Verhältnissen und werden genau von keiner Seite eingehalten, können es auch nicht. Das kommt auch bei der Wahl Buchers zum 1. Vorsitzenden in Betracht, bei der man nicht nach dem Statut gehandelt hat. In außergewöhnlichen Situationen werden manchmal von den funktionären Maßnahmen ergriffen werden müssen, ohne daß vorher der Vorstand befragt werden kann. Redner kritisiert dann das Verhalten des Redakteurs in der Angelegenheit der Artikel der Berliner Ortsverwaltung. — In den bestehenden unliebsamen Verhältnissen im Gau 6 hätte der Verbandsvorstand Abhilfe schaffen müssen. — Er mahnt zum Schluß zur Einigkeit, die Anträge Berlins können sie bringen.

Sornke als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission spricht zum Münchener Protest. Ein offizieller Protest ist bei dem Verbandsvorstand nicht eingegangen, den der Kollege Höfeler-München eingekandt haben will. In München ist zweimal gewählt worden. Die erste Wahl entsprach nicht den Wahlvorschriften. Darauf wurde noch einmal in zwei Versammlungen gewählt, da die Sektion der Filmhilfsarbeiter selbständig ihre Angelegenheiten verwalte. Die Mandatsprüfungskommission ersucht, den Protest zurückzuweisen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag der Kommission mit großer Mehrheit angenommen.

Lohse - Hamburg. Es ist recht schwer, hier zu beurteilen, was zwischen den angeestellten und nichtangestellten Vorstandsmitgliedern zu den geschilberten Konflikten geführt hat. Die Einsetzung eines Verbandsausschusses, der in solchen Fällen Abhilfe schaffen kann, ist auf anderen Verbandstagen mit Hilfe der Berliner Delegierten abgelehnt worden. — Mit dem Worte Demokratie wird oft Schindluder getrieben, aber noch mehr mit dem Worte Sozialismus. Wir wollen arbeiten, daß der Sozialismus alle Arbeiter erfasst. Möglich ist es, daß wir unsere Gewerkschaftsbewegung anders einstellen müssen, ob wir aber dabei nach Wunsch und Willen der Opposition verfahren können, steht dahin. Sie hat uns zur Verständigung und Einigung wenig Gelegenheit gegeben. In Hamburg hat Kollege Kraas unsere Mitglieder, da wir oft Rebel haben, als manchmal benebelt bezeichnet. Aus dem Vorgehen der Opposition in Hamburg ist ebenfalls nicht zu entnehmen, daß sie Verständigung suchen will. Teile unserer Kollegenschaft werden in der Tagespresse in unanständiger Weise angegriffen. — Die Ausführungen der Berliner Mitglieder über ihre Stellungnahme zum Reichstarif stimmen wohl nicht ganz. Wenn in Berlin schon vor den Tarifverhandlungen erklärt wird, sie werden jeden Tarif ablehnen, wird den Unternehmern der Rücken gestiftet. Die Darstellungen von Grohmann wagen wir zu bezweifeln, daß durch den Berliner Beschluß erst der Provinz die Leuerungszulagen geschaffen wurden. In Wirklichkeit haben wir in Hamburg und auch in andern Orten uns selbst für unsere Forderungen einsetzen müssen. Zum Graphischen Bund reicht der Redner nach kurzer Begründung folgende Resolution ein:

Der zu Frankfurt a. M. tagende VII. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erklärt sich mit der Gründung des **Graphischen Bundes**, dessen Satzungen und seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden.

Der Verbandstag erblickt in diesem Zusammenschluß der graphischen Verbände zu gemeinsamer Tätigkeit die Grundlage zur Schaffung

eines graphischen Industriebundes, und billigt die vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit bisher unternommenen Schritte.

Der Verbandstag macht es allen Zahlstellen zur Pflicht, entsprechend den Satzungen des Graphischen Bundes, in allen Orten sich den graphischen Kartellen anzuschließen, und, soweit solche noch nicht ins Leben gerufen wurden, für deren Grünbung einzutreten.

Der Verbandsvorstand und alle Verbandsinstanzen werden beauftragt, stets für den möglichst engen Zusammenschluß aller im graphischen Gewerbe beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten, damit deren Interessen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen nachdrücklichst wahrgenommen werden können.

Lohse, Sellge, Kirchner, Kruppler, Jhde, Reese, Diem, Brüning, Gelke-Mehrsleben, Falb, Reckling, Buchhart, Maneka, Loepel, Bolje, Werner, Foos, Schmid, Fischer, Ucher, Barth, Rupprecht, Holzer, Hornke, Schabrod, Eichert, Hartbauer, Reichert, Just, Eibensteiner, Heitbrink, Frederking, Wambacher, Gilte, Sparckuhf, Behrendt.

Mittwoch, den 14. Juli 1920

Vormittagsitzung.

Fortsetzung der Debatte über den Geschäftsbericht.

Großmann-Berlin zur Geschäftsordnung zieht im Auftrage der Opposition alle Wortmeldungen bis auf die von Moriz und Kraas-Berlin zurück.

Rupprecht-Würzburg nimmt die Erklärung der Opposition zur Kenntnis und wird nach dem ersten Redner einen entsprechenden Antrag zur Geschäftsordnung stellen.

Kindewirth-Chemnitz. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder. Allerdings konnte ein großer Teil der Mitglieder mit der Haltung der Zentralverbände in der Kriegspolitik nicht einverstanden sein. Jeder Richtung und Strömung muß im Verbandsrechnung getragen werden. Es ist natürlich, daß jeder Teil versuchen wird, die Mehrheit zu erreichen. Der wirtschaftliche Kampf verlangt oft eine Taktik, die nicht mit dem Buchstaben des Statuts übereinstimmt. Es ist kein Fehler, wenn in den Gewerkschaften Parteipolitik getrieben wird, sie muß aber aufklärend und nicht zerstörend wirken. Die Gewerkschaften haben die Vertretung der politischen Parteien nötig, sollen die wirtschaftlichen Erfolge nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen wieder aufgehoben werden. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen mehr im Sinne des Sozialismus erzogen werden. Es gibt nur eine Art des Sozialismus, die für alle sozialistischen Parteien gleich ist. In unserer Zeitung könnte da gute Erziehungsarbeit geleistet werden. Bei unseren Führern muß untersucht werden, aus welchen Motiven sie handeln. Trotz einer anderen Auffassung darf man nicht gleich dem sachlichen Gegner die Ehrlichkeit absprechen. Verdächtig man die Arbeiterführer, spricht man ihnen das Vertrauen ab, so schadet sich der Arbeiter selbst. Die Arbeitervertreter werden den Unternehmern gegenüber machtlos. Ich habe nicht erkennen können, daß aus dem vorgebrachten Material bewiesen wurde, die Verbandsleitung habe nicht ihre Pflicht getan.

Ein Geschäftsordnungsantrag ist eingelaufen; es sollen nach den Kollegen Kraas und Moriz je ein Redner der Gegenpartei sprechen, außerdem sollen Kollege Graßmann vom Gewerkschaftsbund und zum Schluß Kollege Behrendt zur persönlichen Abwehr zu Worte kommen.

Der Antrag wird nach kurzer Begründung von Rupprecht-Würzburg einstimmig angenommen.

Als Redner der Opposition spricht zuerst Moriz-Berlin. Die Berliner Delegierten haben sich auf den Tagungen des Verbandes deshalb gegen den Hamburger Antrag gewendet, der den Verbandsausschuß haben wollte, weil er das nicht gebracht hätte, was wir darunter verstehen. Wir wissen ja, daß ähnliche Instanzen nicht instand waren, wie z. B. die Redaktionskommission den Redakteur, zur Aufnahme eines Artikels zu bringen.

Die Lohnverhältnisse 1908 waren so verworren, daß gar nicht daran gedacht werden konnte, einen Reichstarif zu schaffen. Eine Berliner Mitgliederversammlung mit einem Vortrag Bucher stellte sich im Gegensatz zu einem Tarifabschluß, trotzdem fügten sie sich einem Beschluß einer Gauleiterkonferenz, mit einer Kommission sich an den Vorbereitungen zu einem Reichstarif zu beteiligen. Im Verlauf der Beratung mußten sich die Berliner Vertreter wieder von den Arbeiten zurückziehen,

weil ein Berliner Beschluß jeden Zentraltarif ablehnt.

Tragen wir die Schuld an dem Scheitern des Tarifes oder sind es die unglückseligen Verhältnisse? Die Versammlung am 1. Januar 1920 hat ja den Tarif gar nicht abgelehnt. Sie sprach dem Kollegen Bucher das schärfste Mißtrauen aus und legte dar, daß unter den gegebenen Umständen die Berliner Mitgliedschaft den Tarif anerkennen muß. Und hat nicht der Verbandsvorstand schon 1911 den Beweis erbracht, daß er auch gegen den Willen starker Mitgliedschaften, wie damals in Berlin, den Tarif zur Einführung bringen kann? Bucher will die Stimmung der Mitglieder in der Provinz, die unbedingt einen Tarif haben wollen, gegen die Berliner Mitgliedschaft ausnützen. Immer sind Konflikte auf den Verbandsgeneralversammlungen zum Austrag gebracht worden. Die Art, wie der Verbandsvorstand gegen die Mitgliedschaften während der Verhandlungsperiode auftrat, verursachte diese Stimmungen. Ein Beschluß im Jahre 1905, der sich gegen die Zahlstelle Berlin richtete, ihr Recht gab, aber zu den Kosten verurteilte, der Aufstellungsvertrag in München, die Umrechnungstabellen sind solche Konflikte, die oft durch die Leichtfertigkeit des Verbandsvorstandes entstanden sind.

Zu der Einführung der Extrabeiträge hatte der Verbandsvorstand kein Recht. Größere Streiks und Lohnbewegungen, die den Extrabeitrag rechtfertigen sollten, sind nicht geführt worden. Außerdem bezahlen einige Zahlstellen diesen Beitrag nicht vom festgesetzten Termin an. Es kann dazu führen, daß Mitgliedschaften ihre Beiträge zurückverlangen oder gutgeschrieben haben wollen. Nach den Ausführungen von Roehl hat vom 3. Mai bis 29. Juni keine Vorstandssitzung stattgefunden. Die Fälle von Arbeiten für den Verbandstag müßten doch viele Sitzungen nötig gemacht haben. So sind die Vorarbeiten ohne einen Teil des Verbandsvorstandes erledigt worden. Der Vorwurf der Parteilichkeit in politischen Fragen, den Bucher erhoben hat, richtet sich gegen ihn selbst. Er hat kein Recht, der Opposition daraus einen Vorwurf zu machen. Welcher Richtung gehören denn die Kollegen an, von denen Bucher umgeben ist. Sind das etwa Mitglieder der U. S. P.? Diejenigen Mitglieder, die auf dem Berliner Verbandstag für das Vertrauensvotum stimmten, wurden durch den Verbandsvorstand auf irgend eine Art beseitigt. Eine Bewerbung des Redakteurs um ein Mandat ist unzulässig. Es muß dahin gewirkt werden, daß kein Angestellter des Verbandsvorstandes als Delegierter Stimmrecht auf dem Verbandstage erhält. Entsprechende Bestimmungen müssen geschaffen werden, die das unmöglich machen. — Wir denken an keine Zersplitterung des Verbandes, wir hoffen, daß wir noch zu einer Verständigung kommen. Bucher sagte, die Opposition bedeute eine zweite Organisation in unseren Reihen. Erkennt der Verbandstag das an, so ist für die Opposition kein Platz mehr im Verbandsverband. Ziehen die Delegierten diese Konsequenzen, so müssen sie sich mit dieser für uns zwingenden Forderung abfinden. Wir fürchten sie nicht, wir müssen aber besonders darauf aufmerksam machen. Die Angelegenheit Behrendt muß hier geklärt werden. So kann es nicht weiter gehen. Ich rufe die alten Gauleiter und Delegierten auf, damit eine Verständigung erzielt werden kann. Wir wollen uns nicht gewalttätig durchsetzen. Morgen hat der Verbandstag Gelegenheit zu beweisen durch Eingehen auf die Berliner Anträge, daß er den Weg der Verständigung gehen will.

Beil-Röln. Die Berliner Vertreter erklärten, auf der Gauleiterkonferenz, die den Reichstarif beraten sollte, daß sie sich an den Verhandlungen mit den Unternehmern nicht beteiligen werden. Sie achteten sorglich darauf, daß Kollege Hornke nicht als Berliner Vertreter angesehen wurde. Trifft die Berliner nicht alle Schuld am Scheitern des Tarifes, so haben sie aber ein Teil Schuld daran. Die Sicherungen im Reichstarif hätten auch die Berliner Mitglieder vor Verschlechterungen geschützt. Die Stellungnahme des Kollegen Herrmann-Dresden ist wenig verständlich, da der Tarif für seinen Gau fast nur Vorteile gebracht hätte. — Durch den Graphischen Bund sind im Gau I große organisatorische Erfolge erzielt worden. — Wenn die Opposition eine Verständigung suche, sollte sie sich von persönlicher Stellungnahme gegen einzelne Vorstandsmitglieder frei machen. Der Ausschluß des Kollegen Krummrei aus dem Hauptvorstand ist von ihm selbst verschuldet. Sein Auftreten in der Berliner Mitgliederversammlung gegen Beschlüsse des Verbandsvorstandes war nicht zulässig, da er Tatsachen entstellte in die Deffentlichkeit brachte. Kollege Großmann hat in der Gauleiterkonferenz auch zugegeben, daß Krummrei in seinen Ausführungen ausgeartet sei. Die sachliche Klärung durch die Opposition bestand darin, daß man den Mitgliedern

sagte, sie werden große Augen machen, wenn sie die Gehaltsforderungen der Angestellten hören, die sich selbst Zulagen beschließen haben. — Politik in die Gewerkschaften bringen ist äußerst gefährlich. Wir müssen in der Agitation im Gau I sehr vorsichtig sein, wo uns die Bewegungen im christlichen Lager nicht geringe Schwierigkeiten machten. — Bis jetzt ist weniger praktisch gearbeitet, aber viel nutzlos geredet worden. Eine Einigung kann nicht so ausbleiben, daß die geschlossene Opposition nur Zugeständnisse erhält und wir stets die gebenden sind. Wir sind bereit und wollen Entgegenkommen zeigen, wir werden sehen, ob die Gegenseite Verständnis dafür bringt. — Die Ausschreibung der Extrabeiträge war unbedingt nötig. Bedauerlich ist die Verpönerung von Moriz, eventuell auf Rückzahlung eines Teiles der Beiträge zu bestehen. — Mit dem Bericht des Redakteurs, seinen Vorschlägen und den des Kollegen Herrmann-Dresden kann man sich voll einverstanden erklären. Die Ausgestaltung der „Solidarität“ zu einem Bildungsorgan muß angestrebt und gefördert werden. — Beweise für die Beschuldigungen gegen den 1. Vorsitzenden sind nicht erbracht worden. Er genießt das volle Vertrauen des größten Teiles der Delegierten.

Kraas-Berlin. Beweise für die Beschuldigungen gegen Bucher haben wir genügend erbracht, sie werden nur nicht anerkannt. Ich werde stets für die Umgestaltung der Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen auf Grundlage des revolutionären Räteystems eintreten. Es ist wenig über den Geschäftsbericht des Vorstandes gesprochen worden, über den Reichstarif und die Arbeitsgemeinschaften aber dafür umso mehr und das Verhalten der Berliner Mitglieder wurde einer scharfen Kritik unterworfen. Wir wollten alles aufdecken, um das Zustandekommen des Reichstarifes für die Provinz zu ermöglichen und haben nicht geringe Mühe gehabt, die Mitgliedschaft Berlins, die mit dem Tarif nicht einverstanden war, vor Unbesonnenheiten zurückzuführen. Wir lassen unsere Mitglieder in allen Fragen selbst entscheiden. In einer Versammlung, die Redner der beiden politischen Richtungen das Wort gab, wurden die politischen Ansichten für und wider das Räteystem geklärt. Die Mitglieder machten sich die Ansicht der Räteanhänger zu eigen. Wir haben jetzt in Berlin eine geschlossene Einheit trotz der verschiedenen politischen Richtungen. Mit gemeinen Mitteln arbeiten wir nicht, wir können durch Beispiele beweisen, daß die Gegenseite in dieser Art gegen uns vorgeht. In Berlin wurde behauptet, daß die Propaganda der Räteanhänger aus Geldern der Mitglieder bestritten wurde. Der Beweis konnte nicht erbracht werden, derjenige, der diesen Vorwurf erhob, mußte aus der Organisation auch durch den Verbandsvorstand ausgeschlossen werden. Wir sollten bespökelt werden, sind im „Vorwärts“ verdächtigt worden. So bekämpft man in unseren eigenen Reihen die Einigkeit. Sie wird gerade gefährdet von Anhängern der Arbeitsgemeinschaften. Andere Führer haben im Sinne der Arbeiterschaft ihre Pflicht zu erfüllen. Die Politik muß auch in den Gewerkschaften behandelt werden, die Politik ist nicht zu trennen von den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wir kämpfen nicht persönlich, wir kämpfen um die Sache. Wir fallen mit unserer Idee.

Hornke-Berlin: Ich muß die Tatsache feststellen, daß über den Bericht am wenigsten gesprochen worden ist. Hätte die Opposition sachlich den Geschäftsbericht geprüft, wären wir schon weiter in unseren Verhandlungen. Wir haben uns die Frage vorzulegen, hat der Verbandsvorstand seine Schuldigkeit getan und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder zu bessern? Die Opposition hat wohl scharfe Kritik geübt, aber nicht gesagt, wie es besser gemacht werden kann. In Berlin wurden alle Handlungen, auch bei Wahlen, unter der Parole des revolutionären Räteystems geführt. Das hat zu dem Konflikt auch im Verbandsvorstand geführt, da ein Teil der Gewählten als Räteanhänger nach den Weisungen Berlins arbeiten mußte. Das allgemeine Interesse leidet darunter. Bei allen Beschlüssen wird erwogen, ob sie auch die Zustimmung der Mitgliederversammlung finden. Das leidige Verhältnis hat dazu geführt, daß die große Last der Arbeit auf den Schultern der angestellten Vorstandsmitglieder ruht, die fast Unmögliches leisteten. — Die Situation im ganzen Gewerbe bedingte die Schaffung eines Reichstarifes. In Berlin wurde aber der Beschluß gefaßt, an den Tarifverhandlungen nicht teil zu nehmen. Dadurch wurde den Verhandlern die Arbeit ungemein erschwert. Redner schildert eingehend den Gang der Verhandlungen. In Berlin wurde dem Verbandsvorstand und Verhandlern das schärfste Mißtrauen ausgesprochen und gesagt, man kämpfe gegen ein System, das

Stem heiße Bucher und Dobahl und wolle man es beiseitigen, so müsse man die Personen beiseitigen. Sogar mit einer Beitragsperre wurde gedroht. Niemand verlangte von den Berlinern, daß sie den Tarif gutheißen sollten, aber sie hätten unter gezeigter Würdigung der bestehenden Verhältnisse das Abkommen prüfen müssen. Bei den Teuerungszulagen im März d. J. hat Kollege Bucher dem Ulstein-Seiß-Abkommen nur zugestimmt unter der Voraussetzung, daß für Berlin besonders verhandelt wird. Es ist nicht das besondere Verdienst der Berliner Verhandler, damals für die Provinz die Zulagen erreicht zu haben und billig konnte man von ihnen erwarten, daß sie mit ihrer Unterschrift so lange zurückhielten, bis die Zulagen der Unternehmer für die Provinz erfüllt waren. — Gegen die Wahl des I. Vorsitzenden sind Einwendungen wohl vorgebracht worden und doch konnten Unregelmäßigkeiten nicht nachgewiesen werden. Was in tatsächlicher Hinsicht vom Verbandsvorstand getan wurde, haben die Gauleiter unterstützt, sie tragen dafür die volle Verantwortung mit ihm. Von der Opposition ist der Interessenvertretung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder nicht Rechnung getragen worden. Auch der Verbandsvorstand verhielt sich nicht zeitweiligen Verhältnissen. Der Antrag zur Schaffung des Verbandsbeirats beweist das. — Die Aufklärungsarbeit der Propagandakommission sieht so aus: Zuerst kommt ein Mitglied der Kommission, setzt sich mit einem kleinen Kreis seiner Genossen zusammen, die einen Antrag in der dortigen Mitgliederversammlung einbringen, einen Berliner Redner kommen zu lassen, da Kosten nicht entstehen. So wird die Propagandakommission mit Geldern der Berliner Mitgliedsbeiträge unterstützt.

Nachmittagsführung.

Ein Begrüßungstelegramm der deutschen graphischen Arbeiter in der Tschechoslowakei ist eingegangen.

B e h r e n d -Leipzig: Der Geschäftsbericht weist nach, daß ich noch nicht vier Jahre im Gau Leipzig bin und in dieser Zeit bin ich zweimal in Erfurt gewesen, der Vorwurf, daß ich die Zahlstelle seit vier Jahren nicht besucht habe, ist ungerechtfertigt. In Halle bin ich, da ich Ortsvorsitzender war, monatlich zwei- und dreimal gewesen. Und doch hat Kollege Scheibe behauptet, daß ich mich um die Zahlstelle nicht bekümmere. Ich hatte dann mit Scheibe ein Abkommen getroffen, daß ich nur bei gefährlichen Situationen nach Halle kommen soll. Einmal sollte ich später eine Stiftungsfestrede halten, was ich ablehnte, eine andere Einladung erhielt ich verspätet und auf meine Anfrage, ob meine Anwesenheit noch nötig sei, erhielt ich die lakonische Antwort: erledigt. Nur in einem Ort meines Gau'es, in Weimar, bin ich noch nicht gewesen. Man hat mich dort auch nicht verlangt. Erst in den letzten Tagen wurde bei mir angefragt, ob die Zahlstelle nur Beiträge bezahlen solle und auf die Unterstützung des Gauleiters verzichten muß. Während der Kriegszeit habe ich auf Unterstützung wenig und nicht gerechnet. Nach Kriegsende haben dann die Leipziger ihre Angelegenheiten wieder selbst verwaltet. Da Schulze ablehnte, übernahm ein Agitationskomitee die Leitung. Ich widmete mich mehr der Arbeit im Gau. An einer Generalversammlung in Leipzig konnte ich nicht teilnehmen, da ich am gleichen Tage eine Lohnbewegung in Altenburg durchzuführen mußte. Das ist mir sehr verübelt worden. An späteren Versammlungen konnte ich auch nicht teilnehmen wegen der Arbeit im Gau. Mein Bericht über die Gauleiterkonferenz während der Tarifverhandlung konnte einiger leibiger Umstände wegen nicht erstattet werden. Außerdem hätten die Leipziger Mitglieder das Recht gehabt, zu dieser Konferenz einen eigenen Vertreter zu entsenden, was sie aber ablehnten. Redner geht auf die Wahlen in Crimmitschau und Erfurt ein. Er habe die Wahl nicht beeinflusst. Befremdet wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Beschuldigungen des Koll. Herrmann und anderer und beantragt die Einsetzung einer Kommission, die seine Verfehlungen untersuchen soll.

G r a m m a n n -Gewerkschaftsbund: Auf allen Verbandsgeneralversammlungen findet man in den Vorwürfen der Opposition liebe alte Bekannte. Die Verechtigung der Opposition ist allenthalben anerkannt worden. Opposition findet sich überall. Von ihren Zielen und Forderungen hängt das Maß des Entgegenkommens der andern Seite ab. Diese trägt aber Bedenken bei diesem Entgegenkommen, da die Opposition das Zugeständnis nur als Abstrich, als Etappe betrachtet. Daher nur die geringe Geneigtheit bei der sogenannten Mehrheit. Das in der übertreibenden Art der Opposition liegende, rein menschliche Vorgehen macht besonders auf die jüngeren Mitglieder einen Eindruck, der auf die Gewerkschaften schädlich wirken kann, da sie

annehmen, in welche Gesellschaft bin ich geraten. Der hauptsächlichste Vorwurf, die Gewerkschaftsführer seien begehrte Kriegskreditbewilliger gewesen, muß dahingehend zurückgewiesen werden, daß die wenigen Gewerkschaftler als Mandatnhaber keineswegs begeistert die Kredite bewilligt haben. Die Begeisterung war in Deutschland allerdings allgemein in allen Bevölkerungskreisen. Unsere sozialen Einrichtungen waren durch das Ausland in Gefahr und sind es jetzt recht gewesen in der letzten Kriegszeit, denn die feindlichen Regierungen sind durchweg nicht arbeiterfreundlich. Wie haben die Gewerkschaften Harmoniebücherei getrieben. Ihre Kämpfe waren eher alles andere als Harmoniebücherei und sind unter Opfern und Entbehrungen geführt worden. Die sozialen Einrichtungen in Deutschland stehen turmhoch über dem Ausland. Politik ist von den Gewerkschaften immer getrieben worden. Die arbeiterfeindlichen Maßnahmen einer Regierung können und sind nur durch die Gewerkschaftspolitik zunichte gemacht worden. Die Gewerkschaften sind stets Klassenkampforganisationen gewesen. Der Sturz des wilhelminischen Regimes ist vorbereitet gewesen durch unsere Arbeit. Das historische Moment der Revolution hat nicht sofort eine Umwandlung im Denken und Handeln der Menschen hervorgerufen. Die Menschheit ist nicht anders und besser geworden. Wir haben in unserer Gewerkschaftspolitik dasselbe Ziel vor Augen und verfolgen nur andere Methoden, die scheinbar langsam zum Ziele, vielleicht aber eher dahin führen, da große Rückschläge weniger zu befürchten sind. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist zum Teil durch die Tarifgemeinschaften errungen, die nicht der Weisheit letzter Schluss sind und nur wie die Arbeitsgemeinschaften Mittel zum Zweck. Es wäre unklug, die Arbeitsgemeinschaften aufzugeben, ehe man etwas Besseres hat. Sie bilden eine Quelle der Information, das uns wertvolle Rüstzeug für die Interessenvertretung unserer Mitglieder liefert. Auch für die wenigen Redner, die uns das Betriebsrätegesetz gibt, bieten uns die A. G. wertvolles Material. A. u. Tarifgemeinschaften sind der unvollkommene Ausdruck unvollkommener Verhältnisse. Bei der Verwirklichung unseres Endzieles, der Ueberführung der kapitalistischen Produktion in eine Gemeinwirtschaft ist unser Wirtschaftsleben, das total erschöpft ist, das größte Hemmnis. Um unser Wirtschaftsleben zu heben, sind wir gezwungen, es durch ausländisches Kapital zu heben. Kein ausländischer Kapitalist wird auch nur einen Pfennig hergeben, wenn er weiß, daß die deutsche Wirtschaft sozialisiert werden soll. Was sollen uns wohl da die revolutionären Betriebsräte nützen? Die wirtschaftliche Interessenvertretung der deutschen Arbeiterschaft ist bei den Gewerkschaften in den besten Händen. In der Auswirkung des Versailler Friedensvertrages haben wir ein gut Teil unserer Kraft-, Erz- und Kohleproduktion verloren und außerdem viel ausländische Werte. Unter diesen Umständen ist der Aufbau ungeheuer schwer. Außerdem werden die besten deutschen Kräfte, die geistig und körperlich Nützigsten, auswandern, weil bei uns kein Platz mehr für sie ist, das Land sie nicht mehr ernähren kann. Was uns bleibt, sind dann nicht die besten. Bei der geistigen, durch den Krieg geschaffenen Verfassung des Proletariats, bei dem mehr oder weniger verschleierte Egoismus des Einzelnen, sind wir heute nicht reif für unsere Aufgaben. Bei dem außerordentlichen Schicksal des Kapitalisten, die Uneinigkeit der Arbeiter auszunutzen, ist es höchste Zeit, daß sich die Gegner unter den Arbeitern finden, ehe es zu spät ist.

Damit ist die Debatte geschlossen. Zuerst erhält das Schlusswort der

Redakteur Schulze: Er geht auf alle ihm gemachten Vorwürfe in der Führung der Redaktion ein, dabei betonend, daß er den besten Willen gehabt hat, die Meinungsfreiheit zu wahren. Es beiden Seiten recht zu machen, wird nie möglich sein und wird auch keinem andern nach ihm gelingen, wie es auch sein Vorgänger nicht fertig gebracht hat. Bezugnehmend auf die Ausgestaltung der Zeitung empfiehlt er die Dresdner Anträge. Aus der Zeitung ein Bildungsorgan zu machen, das die Mitglieder im Sinne des Sozialismus erzieht, ist seine Aufgabe, die er zu erfüllen bemüht war, immer gewesen. Das kann auch ohne große Worte geschehen und ohne die bekannten Nebenwendungen, die vielleicht mehr schaden als nützen können.

Donnerstag, den 15. Juli 1920

Vormittagsführung.

L o d a h l -Verbandskassierer (Schlusswort): Die Ausdehnung des Extrabeitrages wurde bedingt durch die Streiks in verschiedenen Orten wie Leipzig, Chemnitz und anderen. Mit unsern Finanzen stand es so, daß Einnahmen und Aus-

gaben sich gerade deckten. Bei der Erhebung der Extrabeiträge haben sich nur in Leipzig Schwierigkeiten herausgestellt; dort wurde bei meiner Anwesenheit vereinbart, die Zahlung der Beiträge um eine Woche hinauszuschieben. Nun stellt es sich hier heraus, daß Leipzig die Erhebung der Beiträge bis zum 1. Juni verzögert hat. Das kann nicht gestattet werden. Leipzig wird durch den Verbandstag veranlaßt werden müssen, ebenfalls seine Pflichten wie die andern Zahlstellen zu erfüllen. — Unser Vermögen ist zum größten Teil in Genossenschaften festgelegt. Die Sparprämienanleihe wird bei günstiger Gelegenheit abgelöst werden durch andere Bapiere.

B u c h e r (Schlusswort): Von nicht einem der Kritiker ist gesagt worden, die Geschäfte hätten anders und damit besser geleitet werden können. Kann mich die Opposition durch ihre Ideen und Vorschläge überzeugen, so werde ich das gerne anerkennen. Sonderbar ist es, daß wir bei der schwerwiegendsten Dingen, bei Tarif- und Lohnbewegungen im Vorstand keine Auseinandersetzungen gehabt haben. Anregungen habe ich nicht bekommen. Ich berichtete manchmal 1½ Stunde über meine Tätigkeit, und die Situation im Verbandsrat und 5 Minuten später wurde die Sitzung geschlossen. Nur bei prinzipiellen Dingen über Politik und Rätefrage kam es zu Zusammenstößen. Ich lege keinen Wert auf große, schön klingende Worte, der Klassenkampfcharakter des Verbandes muß nicht durch Nebenarten, sondern durch seine Tätigkeit und seine Erfolge zum Ausdruck kommen. Bei den erfolglosen Verhandlungen zum Reichstaxtarif sind die Unternehmer gestärkt worden durch das Verhalten der Berliner Mitglieder. Ich sprach in einer dortigen Versammlung über die grundsätzlichen Fragen des Reichstaxtarifes, darauf wurde die Versammlung vertagt und in einer andern, die anders zusammengekehrt war, kam es zu dem bekannten ablehnenden Beschluß. Bei der Ausarbeitung der Tarifvorlage von der Berliner Lohnkommission haben hauptsächlich die Verhältnisse der Großdruckereien und Zeitungsfabriken als Vorbild gedient. Es wurde viel geredet, bis schließlich nach einem Hinweis von mir und durch die klare Stellungnahme des Koll. Moritz, der auf den Beschluß der Berliner Versammlung hinwies, die Arbeit in der Kommission eingestellt wurde. Wenn auch der Reichstaxtarif nicht besteht, so bildet doch die von den Unternehmern abgelehnte Beratungsvorlage die Grundlage bei allen örtlichen Abkommen und Festsetzungen von Teuerungszulagen. — Von Vorstandsmitgliedern wurde behauptet, daß der Verbandsvorstand durch den Vorsitzenden arbeitsunfähig gemacht worden war. Von den Verhandlungen in Leipzig wurden Einzelheiten in die Betriebe getragen. Der „Berichtserstatter“ des Verbandsvorstandes in der Berliner Mitgliederversammlung entstellte die Beschlässe des Vorstandes und beliebige Gauleiter und die Angestellten des Verbandes. — In der „Freiheit“ erschien ein Aufruf mit der Unterschrift des Verbandes, durch den die Arbeiter zur Demonstration vor dem Reichstag aufgerufen wurden. Die Unterschrift war gefälscht. Bucher schildert dann eingehend die Arbeiten der Propagandakommission. — Koll. Fuch wurde aus dem Verband ausgeschlossen, weil er behauptete, daß mit Geldern der Ortsverwaltung ein Teil der Berliner Mitglieder bekämpft wird. Und was geschieht jetzt faktisch? Durch die Propagandakommission veranlaßt gehen Einladungen von auswärtig an die Berliner Zahlstelle, die dann Redner aus Ortsmitteln entsendet. — Das Zusammenbringen der Verbandsleiter in Berlin bei dem Ulstein-Seiß-Abkommen während der Kapp-Lage war bei der damaligen Situation äußerst schwierig. Der Erfolg ist aber nicht zuletzt dem Vorsitzenden zu verdanken. — Nach dem Ausschluß der beiden Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden die beiden Kollegen in der Berliner Versammlung wiedergewählt, konnten aber vom Verbandsvorstand nicht bestätigt werden. Als dann andere Kollegen in die Leitung delegiert wurden, trat der Verbandsvorstand sofort zusammen und nahm die Arbeiten auf. — Bucher gibt offen eine Darlegung seiner persönlichen Verhältnisse und vermahnt sich eine Einmischung in seine privaten Angelegenheiten. — Ihm komme es nicht bei seiner Stellung auf eine Existenz an, er müsse auf seinem Posten bleiben, da zu befürchten sei, daß andere in Wochen das zunichte machen, was durch jahrelange Arbeit in schwerer Mühe aufgebaut worden sei.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

B o l k e n -Leipzig ersucht dabei, auf die Leipziger Verhältnisse einzugehen. Er wird unterbrochen.

B e n d t -Berlin bemerkt, daß aus Ortsmitteln die Propagandakommission nicht unterstützt wird. Die Redner werden auf Beschluß der Berliner Versammlung in die Provinzorte geschickt.

Harbuh-Verbandsvorstand: Das Scheitern von der Behörde in Sachen Bucher hat dem Verbandsvorstand nicht vorgelegen.

Sellge-Hamburg stellt richtig, daß Koll. Glarner, der gegen die Vertrauensresolution auf dem Berliner Verbandstag gestimmt hat, freiwillig seinen Posten niedergelegt hat und von keiner Seite beinflußt wurde.

Marx-Berlin verteidigt seine Stellungnahme zu einem Beschluß bei Anschaffung einer Schreibmaschine für Köln.

Mrumrei-Berlin erklärt die Tendenz seiner Anträge bei der Gehaltserhöhung der Angestellten.

Bell-Köln wendet sich gegen Marx, der eine falsche Darstellung gegeben hat.

Kieger-Karlsruhe: Auch Streicher, der gegen die Vertrauensresolution gestimmt hat, ist freiwillig aus dem Verbandsausgetreten.

Noehl-Verbandsvorstand behauptet, daß nicht alle Zuschriften dem Verbandsvorstand vorgelegen haben.

Bucher: Alles, was notwendig war, hat dem Verbandsvorstand vorgelegen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Salb-Frankfurt a. M. beantragt namentliche Abstimmung bei der Vertrauensresolution. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Kraas-Berlin beantragt, getrennt nach den drei leitenden Personen des Verbandes, dem Vorsitzenden, Kassierer und Redakteur, die Vertrauensresolution zur Abstimmung zu bringen.

Der Antrag Kraas wird abgelehnt. Kraas erklärt darauf im Namen der Opposition, daß sie nun gezwungen sind, gegen die Resolution zu stimmen, sie können dem Vorsitzenden Bucher kein Vertrauen aussprechen. Er verliest folgende Erklärung:

„Wir sind der Ueberzeugung, daß die Geschäftsführung des Vorsitzenden nicht den Gepflogenheiten des Gewerkschaftslebens und der Achtung gegenüber der Mitgliedschaft entsprochen hat, daher können wir dem Verbandsvorsitzenden nicht mehr das volle Vertrauen schenken und müssen annehmen, daß der Vorsitzende sich des Verantwortungsgefühls zu gewissen Zeiten nicht bewußt war und damit eine schwere Gefahr für die Mitglieder heraufbeschworen hat.“

Die Vertrauensresolution hat folgenden Wortlaut:

„Der 7. ordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erkennt die während der letzten Verbandssperiode ausgeübte Tätigkeit der leitenden Personen im Verbandsvorstand an und spricht ihnen volles Vertrauen aus.“

Sie wird mit 69 gegen 29 Stimmen angenommen.

Mit Ja haben gestimmt: Bell, Köln, Krah, Köln, Bestow, Düsseldorf, Lötzer, Elberfeld, Weikert, Dortmund, Kaiser, M.-Glabbach, Schulz, Werleburg, Pippmann, Duisburg, Kojalowski, Solingen, Heilmann, Mülheim, Leipzig, Frankfurt a. M., Kalb, Frankfurt a. M., Hüder, Gr.-Steinheim, Menges, Darmstadt, Wiegentein, Kassel, Müller, Mainz, Bismann, Hanau, Werner, Stuttgart, Joss, Cannstadt, Weiber, Stuttgart, Kieger, Karlsruhe, Hoffelder, Mannheim, Fröhling, Ludwigshafen, Stiefel, Freiburg, Zipp, Fahr, Leh-meyer, München, Schmidt, München, Aicher, München, Fischer, München, Neckling, Nürnberg, Gerbert, Nürnberg, Mehlner, Nürnberg, Barth, Augsburg, Ahdhoh, Regensburg, Napprecht, Würzburg, Buchhart, Kaufbeuren, Holzger, Rempten, Finde-wirch, Chemnitz, Heinicke, Altenburg, Behrendt, Leipzig, Sachse, Böhned, Friedrich, Saalfeld, Zimmermann, Gotha, Reinhold, Breslau, Hart-bauer, Königsberg, Eichert, Stettin, Larm, Danzig, Reichert, Frankfurt a. D., Schabrod, Potsdam, Maucke, Brandenburg, Hornke, Berlin, Vosse, Magdeburg, Voepel, Magdeburg, Gelfe, Ufersleben, Brünning, Bernigerode, Sparkuhl, Hannover, Wambacher, Hannover, Hille, Hannover, Just, Bielefeld, Eisensteiner, Bielefeld, Heitbrink, Ger-ford, Frederking, Minden, Bohl, Hamburg, Sellge, Hamburg, Kircher, Hamburg, Knupper, Hamburg, Diehm, Bremen, Hyde, Schwerin, Reife, Kiel.

Mit Nein haben gestimmt: Herrmann, Dres-den, Franz, Dresden, Zahn, Dresden, Frost, Baugert, Miersch, Dresden, Kiewel, Planen, Vor-lop, Leipzig, Kretschmar, Leipzig, Weher, Leipzig, Seelig, Leipzig, Gelfe, Leipzig, Rohland, Leipzig, Wolken, Leipzig, Scheibe, Halle, Kraas, Berlin, Wendt, Berlin, Grohmann, Berlin, Gloth, Berlin, Krummrei, Berlin, Marx, Berlin, Paul Schulze, Berlin, Rieseler, Berlin, Moritz, Berlin, Wolter, Berlin, Lautant, Berlin, Stach, Berlin, Janrath, Berlin, Uecker, Berlin, Sparenberg, Braunschweig.

Die Resolution zum Graphischen Bund wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag 126 wird dem Graphischen Bund über-wiesen.

Antrag 133 (Ausgestaltung der Zeitung) wird mit einer reaktionellen Aenderung einstimmig angenommen.

Statutenberatung.

Moriz-Berlin zur Geschäftsordnung: Zur schnellen Erledigung dieses Gegenstandes beantragt er von Berlin, Leipzig und Dresden je einen Redner sprechen zu lassen und ebenfalls von der Gegen-seite. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Redezeit wird auf eine Stunde festgesetzt.

Lodahl-Verbandskassierer referiert über die Anträge. Das Klassensystem wird in den meisten Gewerkschaften so ausgebaut, daß bei möglichst wenig Beitragsklassen der Stundenlohn als Beitrag zugrunde gelegt wird. Der Lohn soll auch bei uns die Grundlage des Beitrages sein. Die Beitrags-klassen sollen nach dem Lohn von 50 Mk. zu 50 Mk. gestaffelt werden, wobei vier Klassen vorgezogen sind. Eine Ausnahme macht der Hamburger An-trag mit einer 60 Mk.-Staffelung. Die Anträge des Verbandsvorstandes erscheinen auf den ersten Blick hoch. Beiträge von 1 Mk. bis 4 Mk. sind vorge-geben. Der Buchdruckerverband erhebt einen Bei-trag von 3,50 Mk., zu dem noch Orts- und Gau-beiträge geschlagen werden, so daß in der Organi-sation der Berliner Buchdrucker ein Gesamtbeitrag von 9 Mk. erhoben wird, außerdem haben sich die dortigen Gehilfen verpflichtet, 50 Proz. des Ueber-stundenverdienstes für Unterstützungszwecke abzu-führen. Dagegen sind die vom Verbandsvorstand beantragten Beiträge niedrig, sind auch am Wochenverdienst gemessen, nicht so hoch wie vor dem Kriege. Die Beiträge nach dem Antrag des Ver-bandsvorstandes sind berechnet nach einer Gesamt-ausgabe von mehr als 2½ Millionen, die Anforder-ungen für Unterstützungen, Zeitung, Gehälter für rund 40 Angestellte, erfordern diese Summe. Nach den Beiträgen von 1 Mk. bis 4 Mk. wäre auf eine Einnahme von 3,4 Millionen zu rechnen, so daß fast genau errechnet 859 000 Mk. jährlich verbleiben, die als Kampffonds in Betracht kommen. Die Ber-liner Anträge würden den Ueberschuß um 400 000 Mark verringern, bei den Anträgen von Dresden heben die Einnahmen die Ausgaben auf, so daß kein Ueberschuß verbleibe. Einer Erhöhung der Zahl-stellenprozentage kann nicht das Wort geredet werden, da mit der Erhöhung der Beiträge auch automatisch die Prozente steigen. Ebenfalls ist der Dresdner Antrag, der weiter 10 Prozent für die Zahlstellen mit eigenem Bureau fordert, zur Annahme nicht geeignet. — Der Wahlmodus zu den Delegierten-wahlen zum Verbandstag würde, nach dem Antrag Berlin geregelt, den großen Zahlstellen immer abso-lute Majorität sichern. Eine mehr organische Ent-wicklung zu dem Gleichheitsprinzip bringt der Leip-ziger Antrag. — Die Errichtung eines Verbands-beirates würde eine gründliche Veränderung und Umgestaltung der Verwaltung bringen. Der Aus-schuß nur als Beschränkungsinstanz gedacht, erscheint überflüssig. Seine ihm zugeordneten Befugnisse könnten dem Beirat übertragen werden, der nach der Gaueinteilung zusammenzusehen wäre.

Die Debatte.

Kretschmar-Leipzig. Eine Einigung der bestehenden Gegenseite muß erzielt werden. Die Umgestaltung der Verwaltung ist das Mittel dazu. Die Antreibung eines Industrieverbandes auf Grundlage des Räteystems muß unsere nächste Aufgabe sein. Wir müssen uns selbst einen Weg bahnen und können nicht darauf warten, bis Re-gierung und Gewerkschaften vereint einen Weg weisen. Wir müssen das Betriebsrätegesetz in unserem Sinne ausbauen. Die Betriebsräte müssen gestärkt werden, um ihrer Aufgabe genügen zu können. Wir haben nicht die Absicht, die Gewerk-schaften zu zerstören, sondern mit Hilfe der Be-triebsräte umzuformen. Redner geht auf andere Anträge Leipzigs ein. Zu Antrag 84 führt er an, daß der Geschäftsbericht uns am besten zeigt hat; wie notwendig seine Annahme ist. Die Anstellung der Gauleiter und Beamten muß mit Ueberein-stimmung der Mitglieder erfolgen. Bei der Schaffung des Beirats dürfen nicht die Gaubezirke sondern die Mitgliedschaften bestimmend sein. Der Beirat macht aber den Ausschluß nicht überflüssig. Wir machen bei Einrichtung dieser Körperschaften keine Experimente, sie sind längst in allen Organi-sationen geschaffen. Die Urabstimmung sichert den Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht im weitesten Maße.

Nachmittagsitzung.

Salb-Frankfurt a. M. Dieser Verbandstag muß einen Kampffonds schaffen und dafür sorgen, daß die Einnahmen im richtigen Verhältnis zu den Ausgaben stehen. Neue Unterstützungsein-richtungen sollen nicht eingeführt werden. Die Sterbe-

unterstützung muß abgelehnt werden. Außerdem ist zu erwägen, ob man die Krankenunterstützung noch weiter ausbauen soll. Die Beiträge werden sich am besten nach den Anträgen Berlins und Frank-furts regeln lassen. Die vom Verbandsvorstand be-antragte Beitragsklasse wird kaum in die Erschei-nung treten. Es müssen an einigen Ausgabenposten Ersparnisse gemacht werden. Eine Nummer der „Solidarität“ kostet 8000 bis 10 000 Mk. läßt sich die Zeitung nicht im Rotationsdruck billiger her-stellen? Jedenfalls muß der Versuch gemacht wer-den. Für die Delegation zum Verbandstag zeigt vielleicht der Leipziger Antrag einen Ausweg. Die Notwendigkeit der Schaffung eines Ausschusses können wir nicht einsehen, dagegen werden wir dem neu zu errichtenden Beirat unsere Zustimmung geben.

Grohmann-Berlin bespricht die Berliner Anträge, die in einer besonderen Vorlage zu-sammengestellt sind und eine völlige Umänderung des Statuts bedingen. Die vorgeschlagenen Bei-tragsätze sollen auch in der Beitragsklassen aber in Höhe von 1.— bis 3.— Mk. erhoben werden. Von einem Abbau der Arbeitslosen- oder Kranken-unterstützung kann nicht die Rede sein, für Frank-furt mag das vielleicht gehen, für andere Orte nicht. Die Anträge Berlins und Frankfurts waren sich ursprünglich gleich, nur mußte auf Beschluß der Berliner Mitgliederversammlung die Arbeits-losenunterstützung um 1.— Mk. heraufgesetzt wer-den. Der Verbandsvorstand muß nach weiterer Anstellung eines zweiten Vorsitzenden um zwei Per-sonen vermehrt werden. Die Wahlen der Vor-sitzenden sollen auf dem Verbandstag vorgenommen werden. Die Wahl der anderen Vorstandsmit-glieder erfolgt an dem Ort, wo der Verbandsvor-stand seinen Sitz hat. Genauere Bestimmungen über die Geschäfte der Revisoren sind ebenfalls im Statut festzulegen. Die Festsetzung der Gehälter sämtlicher Verbandsangestellten soll durch den Ver-bandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Beirat erfolgen. Die Befugnisse des Beirats, der in den Anträgen anderer Zahlstellen Ausschüß genannt wird, soll auch die Tätigkeit der bisherigen Re-daktionskommission übernehmen. Beschwerden sind innerhalb sechs Wochen zu entscheiden. Die Schaffung eines Ausschusses, von andern Zahl-stellen Beirat genannt, ist eine Notwendigkeit. Er besteht bereits in 31 Zentralverbänden. Die Ent-scheidungen der Verbandsorgane sind endgültig. Auch die Funktionen der Gauleiter und die Gau-leitung selbst haben wir festgelegt. Ebenfalls sind die Aufgaben der Zahlstellen nach unserm Antrag statutarisch geregelt. Ferner haben wir beantragt, daß die Beschäftigung des Verbandstages nach dem Gleichheitsprinzip zu erfolgen hat und 500 Mit-glieder einen Delegierten senden. Unsere Anträge tragen dazu bei, daß den Mitgliedern ihre vollen Rechte gesichert werden.

Schmidt-München. Den kleinen Zahlstellen darf das Recht ausreichender Lokalkassen nicht ge-nommen und eingeschränkt werden. Einige Bestim-mungen, die Berlin zu § 2 gestellt hat, müssen un-bedingt in der Kommission geändert werden oder eine andere Fassung erhalten. Selbständige Rechte können den Betriebsräten nicht eingeräumt wer-den, sie werden sich im Rahmen der Gewerkschaft bewegen müssen, da die Maßnahmen der Betriebs-räte immer von den Gewerkschaften gedeckt werden müssen. Die Zusammensetzung, die Befugnisse des Beirats wird am besten in der Kommission fest-gelegt und beraten werden. Aber neben dem Beirat noch einen Ausschüß zu schaffen, ist überflüssig und erschwert den Verwaltungsapparat. Ersparnisse können die Berliner mit ihrem Antrag, auf 500 Mitglieder einen Delegierten zu wählen, nicht machen. Er entspricht jedoch dem Grundged der Demokratie. Man sollte die Zahl der 500 auf 600 erhöhen und den Gauleitern Sitz und Stimme auf dem Verbandstag geben.

Herrmann-Dresden. Den Dresdener Mit-gliedern und andern Zahlstellen hat das Statut der Buchbinder als Grundlage gedient. Eine Ver-ständigung unter den Anhängern der Opposition hat nicht stattgefunden. Die Institutionen des Verbandsbeirates und Ausschusses werden von dem Redner ausschließlich im Sinne der Opposition besprochen und in der vorliegenden Fassung zur Annahme empfohlen. Der Lokalzuschlag in den Zahlstellen ist bei weitem nicht hoch genug, um alle lokalen Ausgaben bestreiten zu können. In Bezug auf Arbeitslosen- und Krankenunterstützung schließen wir uns den Berliner Anträgen an. Von dem Gewerkschaftenamt in Dresden erfolgt bei Mel-dung eines Arbeitslosen sofort bei seiner Organi-sation die Nachfrage, ob er Unterstützung erhält, die ihm dann bei der staatlichen Unterstützung ge-kürzt werden soll. Die Sterbenunterstützung bittet er abzulehnen. Die Reiseunterstützung muß auf 3.— Mk. erhöht werden. Die Karenzzeit von 13 Wochen für diejenigen Mitglieder, die aus andern

Verbänden zu uns übergetreten sind, ist eine besondere Härte und sollte nach dem Dresdener Antrag gemildert werden. Die Einführung von Mitgliedsarten für das erste Jahr der Mitgliedschaft ist wegen der großen Fluktuation der jüngeren Mitglieder angezeigt. Die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftstagskongress sollen nach wirklich demokratischen Grundsätzen durchgeführt werden, wie es der Dresdener Antrag vorsieht. Eine klare Erklärung ist vom Verbandstag abzugeben, wann und in welchem Umfange die neuen Unterstützungsätze eingeführt werden.

Freitag, den 16. Juli 1920 Vormittagsitzung.

Die Debatte über die Anträge zur Statutenänderung wird fortgesetzt.

Hornik-Berlin. Wir haben zu untersuchen, inwieweit das alte Statut nicht mehr den heutigen Forderungen entspricht. Rücksicht muß dabei genommen werden auf die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Richtlinien und auf die Anstrengung eines Einheitsstatuts für den graphischen Industriebund. Bei der Beitragsregelung haben wir Bedacht zu nehmen, daß der für Teilkämpfe hauptsächlich nötige Kampffonds gestärkt wird. Der Kampfscharakter des Verbandes muß auch dadurch gewahrt bleiben. Manche glauben kleine Beiträge und hohe Unterstützungsätze müssen von der Gewerkschaft festgelegt werden. Durch die Einziehung von noch zwei Körperschaften, Ansdich und Beirat, werden die Arbeiten nicht erleichtert. Eine von beiden zu schaffensten Anstalten dürfte auch der Gegenseite genügen. Die Zusammenziehung des Beirats muß nach Gaubezirken erfolgen. Die Gauleiter dürfen auf keinen Fall davon ausgeschlossen bleiben. Nicht angängig ist, die Urabstimmung durch einen verhältnismäßig kleinen Teil der Mitglieder herbeizuführen. Bei schwerwiegenden Fragen wird der Beirat durch vorgezeichnete Mehrheit eine Urabstimmung beschließen müssen. Wollen wir praktische, wirtschaftliche Arbeit leisten, so dürfen wir die Agitation nicht erschweren durch parteipolitische Propaganda in der Gewerkschaft. Unter Ausschluß parteipolitischer und religiöser Bestrebungen muß unser Verband die wirtschaftlichen Aufgaben seiner Mitglieder gerecht werden. Die Zustände im Verbandsvorstand müssen für die Folge beseitigt werden. Eine andere Zusammenziehung des Vorstandes, die nicht allein durch die Vorortabsichtelle, also Berlin, zu erfolgen braucht, könnte die leidigen Konflikte vermeiden. Ebenso wie bei der Bildung des Beirats, so muß auch die Bescheidung des Verbandstages mit Einschluß der Gauleiter erfolgen.

Folgender Antrag mit 34 Unterschriften ist eingegangen:

Antrag der Statutenberatungskommission.

Unterzeichnete stellen den Antrag, die Statutenberatungskommission möge bei ihren Beratungen in Erwägung ziehen, ob es nicht im Verbandsinteresse gelegen wäre, den Verbandsvorstand nicht nur mit Mitgliedern aus Berlin zu besetzen, sondern die Zusammenziehung zu vorschlagen, daß die nicht besetzten Verbandsvorstandsmitglieder aus anderen in der Nähe Berlins gelegenen Orten, die auf dem Verbandstage bestimmt werden sollen, gewählt werden.

Lodahl-Verbandsrat (Schlußwort). Er betont noch einmal die Notwendigkeit des vom Verbandsvorstand beantragten Beitrages. Wird dieser Beitrag als zu hoch abgelehnt, so muß die Unterstützung herabgesetzt werden. Die Berechnung der Ausgaben ist von niemandem angezweifelt worden. Es durch ein anderes Papier oder durch Rotationsdruck die Kosten für die Zeitung verringert werden können, wird eine entsprechende Umfrage des Verbandsvorstandes ergeben, viel wird kaum dabei zu sparen sein. Da durch die erhöhten Beiträge auch die Prozente der Zahlstellen steigen werden, haben die Orte ebenfalls eine Besserung ihrer Finanzen zu erwarten. Noch durch den Dresdener Antrag, die Sozialbezüge besonders zu erhöhen, erscheint auch nach den Ausgaben, die die Zahlstellen lokal haben, nicht angebracht. Um eine neue Unternehmungstabelle zu vermeiden und den älteren Mitgliedern sofort die neuen Unterstützungen zu sichern, sollte die Kommission besondere Bestimmungen festlegen. Ueber die Zusammenziehung des Beirats sollte man dem Vorschlag von Hornik zustimmen.

Grohmann-Berlin schlägt vor, den Sitz des Verbandsvorstandes nach einem andern Orte zu verlegen.

Auch dieser Antrag geht in die Kommission.

Herrmann-Dresden als Berichterstatter der Kommission, die die Beschwerden gegen den Gauleiter Behrendt untersucht hat, legt eine Ent-

schließung vor, in der die Verbandsarbeit des Kollegen Behrendt wohl anerkannt, aber sein persönliches Verhalten den Mitgliedern gegenüber scharf beurteilt wird.

Behrendt-Weipzig stellt seinen Posten dem Verbandsvorstand zur Verfügung.

Der Vorsitzende **Bucher** weist auf die Erfolge Behrendts hin, auf seine Lafrakt und Befähigung. Verläßt Kollege Behrendt seinen Posten, so haben wir eine Kraft verloren, die vorläufig nicht zu ersetzen ist.

Wolter-Berlin tritt dem Beschluß der Kommission bei und billigt die Schlüsse, die Behrendt aus dem Urteil der Kommission zieht.

Morik-Berlin erkennt ebenfalls das Urteil der Kommission an. Man sollte Behrendt, dessen Tätigkeit für den Verband ja anerkannt und geschätzt ist, einen andern Posten übertragen.

Schmid-München verteidigt den Kommissionsbeschluß, der nach sachlicher und objektiver Beurteilung der Tätigkeit von Behrendt zustande kam.

Zimmermann-Gotha. Die hier anwesenden Vertreter der Gaute des Gaues Behrendts sind mit seiner Arbeit durchaus zufrieden.

Heinicke-Altenburg. Behrendt hat eine außergewöhnlich intensive, erfolgreiche Arbeit im Gau geleistet. Es scheint, als ob die Opposition ein besonderes Interesse an der Beseitigung des Kollegen Behrendt hat. Er bringt einen anonymen Brief an die Kollegin Friedrich-Saalfeld zur Verlesung, in dem Behrendt in schwerbeleidigender Weise angegriffen wird.

Kalb-Frankfurt a. M. beantragt die Angelegenheit Behrendt dem Verbandsvorstand und Beirat zur endgültigen Erledigung zu überweisen.

Der Antrag Kalb wird mit 46 gegen 33 Stimmen angenommen.

Grohmann-Berlin stellt fest, daß mit Annahme dieses Antrages der Kommission ein Mißtrauensvotum ausgestellt wurde.

Bucher. Die Kommission hat selbst zugegeben, daß ihr alle Unterlagen in Sachen Behrendt nicht vorgelegen haben und die Untersuchung nicht in vollem Umfange aufgenommen und durchgeführt werden konnte. Der Antrag Kalb ist daher durchaus gerecht.

Kraas-Berlin behauptet, daß der von Heinicke verlesene Brief erst hier im Sitzungssaal verfaßt wurde.

Werner-Stuttgart stellt fest, daß Behrendt in der Kommission auf Vernehmung von Zeugen aus dem Gau 6 verurteilt hat.

Nach kurzen Aeußerungen von **Zimmermann** und **Kreßschmar** bemerkt

Kollegin Friedrich-Saalfeld persönlich, daß ihr der von Heinicke verlesene Brief zugehört wurde. Sie verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß sie einen Artikel in der „Solidarität“ nicht selbst geschrieben haben soll.

Damit ist die Debatte geschlossen.

Zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung

Tarif- und Lohnbewegungen

referiert Kollege **Bucher**. Es ist unsere Pflicht, auf die Unternehmer einzuwirken, daß unsere Forderungen nachgegeben wird. Oft wird die Anwendung von Gewaltmitteln nötig sein. Aber als Allheilmittel ist der Streik nicht anzusehen, er erfordert auch Opfer auf unserer Seite und bringt nicht unbedingt den gewünschten Erfolg. Es mußte eine andere Form versucht werden, die das Wagemittel der Streiks bis zu einem gewissen Grade ausschloß. Als Vorbild konnte bei unserm Bruderverband, den Buchdruckern, die Tarifgemeinschaft gelten. Unsere Versuche, mit den Unternehmern ein zentrales tarifliches Abkommen zu treffen, ist bekannt. Der Wunsch unserer Mitglieder, im Buch- und Steindruck die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, muß Berücksichtigung finden, wobei darauf zu achten ist, daß die vorgeschrittenen größeren Orte bei einem Tarifverhältnis nicht geschädigt werden. Die technische Entwicklung unseres Gewerbes hat es mit sich gebracht, daß geübte Hilfskräfte nicht sofort durch andere ungelernete Arbeiter ersetzt werden können. Die Unternehmer wollen natürlich aus Profitinteresse die Wertung des Hilfspersonals herabsetzen. Die Wertung der Arbeit des Hilfspersonals muß selbstverständlich von anderen Gesichtspunkten geleitet sein, als Unternehmerinteresse es vorschreibt. Bei den Versuchen im ganzen graphischen Gewerbe, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu regeln, kamen die vier bestehenden Verbände oft in schwierige Situationen, geschaffen durch das selbständige Vorgehen der einzelnen Berufsgruppen, die manchmal das gerade regelte Abkommen eines Teiles der graphischen Arbeiter durch eine andere Gruppe störte. Die Gewerbeverhältnisse in den vier graphischen Gruppen

sind durchaus verschieden in Arbeitszeit, -verhältnis und -lohn. Um zu einer Einheitlichkeit im Gewerbe zu kommen, ist Verständigung der graphischen Organisation anzustreben bei Regelung der wirtschaftlichen Bedingungen ihrer Mitglieder. In letzter Zeit ist darum der Gedanke eines Manteltariffs für das gesamte graphische Gewerbe erwogen worden. In das bestehende Tarifverhältnis der Buch- und Steindrucker aufgenommen zu werden, kann nur zum Vorteil für die Hilfsarbeiter sein. Die Neigung auf Gehilfenseite dazu ist vorhanden. Es sind bei den Buchdruckern nicht nur sympathische Erklärungen dazu abgegeben worden, sondern auch Versuche sind von dieser Seite gemacht worden, die Hilfsarbeiter in das Tarifverhältnis aufzunehmen. Dasselbe ist auch bei den Steindruckern und Lithographen der Fall. Die Bodenständigkeit des Hilfsarbeiters hat die Bedingungen geschaffen, den Anforderungen eines derartigen Vertragsverhältnisses zu entsprechen. Bei der Aufnahme in ein Tarifverhältnis werden sicher Unterschiede in den Arbeitsbedingungen gemacht werden, die ja auch denen der Gehilfen nicht immer gleichen. Zuerst wäre überhaupt die Begriffsbestimmung des Hilfsarbeiters festzulegen. Die Ausbildung muß geregelt werden, damit die jungen Kollegen und Kolleginnen nicht Ausbeutungsobjekte des Unternehmers und gefährliche Konkurrenten der älteren Arbeiter werden. Schutzbestimmungen für Jugendliche müssen aufgenommen werden, an gefährlichen Maschinenstellungen muß ihre Arbeit verboten sein. Jedes Vertragsverhältnis bringt Verpflichtungen, die Zusammenarbeit zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern muß möglichst reibungslos ausgeübt werden. Da der Gehilfe die Verantwortung für die Arbeit übernehmen muß, hat er auch die Disposition für den Arbeitsprozeß zu treffen. Alle Differenzen im Arbeitsprozeß müssen vermieden und ausgeglichen werden. Alle Konfliktmomente, die durch die Besetzung der Maschinen entstehen können, müssen durch vorherige Verständigung in den Sparten ausgeschaltet werden. Der Schutz der weiblichen Arbeiter muß besondere Bestimmungen festgelegt sein. Einer Arbeiterin dürfen keine Arbeiten zugemutet werden, die ihre körperlichen Kräfte überschreiten. Bei der Festlegung der Hilfsarbeiterlöhne haben wir dafür zu sorgen, daß die Spannung zwischen Hilfsarbeiter- und Gehilfenlöhnen nicht zu groß wird. Ueber die Höhe der Löhne ist viel gestritten worden. Bei den letzten Verhandlungen wurde versucht, die Löhne der Hilfsarbeiter durch ein Prozentverhältnis nach den Gehilfenlöhnen zu regeln. Der Versuch scheiterte nicht an dieser Form der Regelung, sondern an dem Widerstand der Unternehmer, auf unsere Forderungen in ausreichender Höhe einzugehen; das oft verlastete starre System der Tarifverträge muß gemildert, beweglicher gemacht werden durch Bestimmungen, die es gestatten, daß die Löhne sich den jeweils veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen können. Verschlechterungen bestehender Verhältnisse müssen ebenfalls durch besondere Schutzbestimmungen verhindert werden. Der große Widerstand der Prinzipale hat im Vorjahre gezeigt, daß nicht allein auf jener Seite der Vorteil eines Tarifabschlusses liegt. Haben wir die ehrliebe Absicht, uns mit andern graphischen Arbeitern organisatorisch zusammenzuschließen, so werden wir unsere wirtschaftlichen Verhältnisse denen der anderen Arbeiter anpassen müssen. Ein Tarifabschluß wird auch bei uns nur mit dem Willen der Mehrheit der Mitglieder zustande kommen können; die durch Urabstimmung entscheiden werden. Für die Verbesserung der Lebenslage der Hilfsarbeiter ist ein zentrales Abkommen eine unbedingte Notwendigkeit. Haben die Mitglieder größten Einspruch auf diesen Abschluß, so werden sie darüber wachen, daß kein Abschluß zustande kommt, der ihre Interessen schädigt.

Die Debatte.

Kraas-Berlin: Eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse kann durch Lohnerhöhung nicht erreicht werden. Ich weiß, daß meine Worte auf den größten Teil der Anwesenden keinen Eindruck machen werden, aber im Protokoll werden sie festgehalten, und später werden wir sehen, wer Recht bekommen hat. Durch die Tarifverträge würde den Arbeitern keine Gelegenheit gegeben zu erkennen, ihre Klassenlage recht zu erkennen. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften wäre eine Folge der Tarifpolitik. Sie hat vor, während und nach dem Kriege nur dem Kapitalismus genügt. Das haben auch große Arbeiterkreise erkannt. Dasselbe trifft auch auf die Arbeitsgemeinschaften zu, von denen wir loskommen müssen, um aus unsern Organisationen wirklich Klassenkampforganisationen zu machen. Wir wissen, daß wir, solange wir das kapitalistische System haben, gezwungen sind, unsere Löhne zu erhöhen, trotzdem aber keinen wirtschaftlichen Aus-

Fortsetzung der Debatte über Tarif- und Lohnbewegungen. Der Vorsitzende Bucher bittet, während der Tagesordnung die Wahlen des 1. und 2. Vorsitzenden, des Kassierers und Reaktors vorzunehmen und ein dreigliedriges Wahlkomitee zu wählen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist eingegangen.

Der Vorsitzende bittet, von jeder Seite einen Redner noch reden zu lassen und dem Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckerverbandes das Wort zu gestatten.

Die Wahlkommission wird gewählt und besteht aus den Kollegen Barth-Mugsburg, Sellge-Hamburg und Löcher-Elsfeld.

Seið-Buchdruckerverband: Auch im Buchdruckerverband ist die Auffassung, daß der Tarif nur Mittel zum Zweck und kein Allheilmittel ist. Die Klärung der Tarifgemeinschaft ist von seiten der Prinzipale erfolgt. Bei den nächsten Verhandlungen wird versucht werden, den Tarif so günstig wie möglich zu gestalten. Der neue Tarif wird von den Zeitverhältnissen abhängen, unter denen er abgeschlossen wird. Für den Abschluß eines Reichstarifes der Hilfsarbeiter sind wir jederzeit eingetreten. Wir haben es durchgesetzt, daß Koll. Bucher an allen Sitzungen des Tarifauschusses teilnehmen konnte. Das Interesse der Hilfsarbeiter haben wir jederzeit wahrgenommen. Wir werden aber keine Tätigkeit ausüben, die die Hilfsarbeiter nicht wollen.

Wir wollen den Hilfsarbeitern nichts aufzwingen. Der Gedanke des Manteltarifes ist auch bei den Unternehmern besprochen worden, allerdings ist bei ihnen noch großer Widerstand vorhanden. Man versucht, eine gewisse Abwechslung bei den Arbeitsverhältnissen der graphischen Hilfsarbeiter herbeizuführen. Natürlich sind die Unternehmer bemüht, die besseren Verhältnisse herabzusetzen, die Arbeitszeit, die Ferienfrage ist dabei maßgebend. Die Löhne im graphischen Gewerbe reichen an die anderer Berufe nicht heran, und doch sind in den letzten zwei Jahren größere Lohnersparnisse erzielt worden als anderswo. In 1½ Jahren sind die Löhne um 142 bis 200 Mk. erhöht worden. Sie sind erhöht worden mit und trotz der Tarifgemeinschaft. Das starre System der Tarifgemeinschaft hat den Erfolg gebracht. Man muß nur arbeiten und die Bestimmungen ausnützen. Die Lage im graphischen Gewerbe während des Krieges war die denkbar ungünstigste. Vielleicht lag auch die Schuld an der Arbeitererschaft selbst. Im graphischen Gewerbe gab es keine Kriegskonjunktur. Unsere Löhne können auf einen Vergleich mit vielen anderen Berufe aushalten. Standen wir früher an 51. Stelle, so sind wir jetzt an die 7. Stelle gerückt. Seit geht dann ausführlich auf die bevorstehenden Verhandlungen ein. Lehnen die Hilfsarbeiter die Tarifgemeinschaft ab, so werden wir ihnen ein Vertragsverhältnis nicht aufzudrängen versuchen, im andern Falle sind wir gerne bereit, mitzuhelfen und mitzuarbeiten und sichern volle Unterstützung zu.

Schmid-München: Ueber das Rätesystem herrscht allgemein Unklarheit. Ob die Demokratie die Staatsform ist, nach der den Arbeitern die Befreiung vom kapitalistischen Joch möglich, kann nur bedingt behauptet werden. Die Zweifel innerhalb der Arbeitererschaft an der Rechtfertigung der heutigen Staatsform hat die Ansicht der Arbeiter geschaffen, daß durch die Rätediktatur das sozialistische Ideal verwirklicht werden kann. Aus den russischen Verhältnissen kann man sich ein klares Bild nicht machen. An uns tritt die Frage heran, ob die russischen Zustände ganz oder abgeändert auf uns übertragen werden können. Zeitsform und wirtschaftliche Verhältnisse bedingen die Form des wirtschaftlichen Kampfes. In Deutschland ist die Einführung der russischen Rätediktatur nicht möglich. In den Städten könnten die Arbeiter- und Soldatenräte zu einer gewissen Macht kommen, auf dem Lande würden die Dekrete der Rätereierung nicht beachtet werden und den größten Widerstand finden. Der Versuch zur Errichtung einer Rätereierung würde mit einer Hungertatastrophy enden. Die Bauern würden in Deutschland die gleiche Vertretung wie die Arbeiter im Rätekongreß verlangen, ihre Delegierten wären keine Sozialisten sondern Reaktionsäre. Bei einer deutschen Rätediktatur wäre der Krieg mit der Entente unermesslich und von einem Weiterstreben der Revolution auf die Ententeänderer kann heute, bei der gefestigten Stellung des Kapitalismus keine Rede sein. Die proletarischen Massen in Frankreich, England und Italien haben nicht die Kraft zur revolutionären Erhebung. Heute bleibt uns nur das Mittel der Demokratie. Durch den

gleich erzielen konnten. Schon in früherer Zeit hat sich die Lebenslage der Arbeiter durch Abschluß von Tarifverträgen verschlechtert. Unsere drei Tarifperioden beweisen das. Während in sechs-jähriger Tarifperiode die Rohstoffe nur 24 Prozent, Nahrungsmittel um 29 Prozent stiegen, erhöhte sich unser Einkommen um rund 22 Prozent. Durch die Kraft der Organisation hatten wir aber bessere Verhältnisse geschaffen, als die Tarife sie brachten. Unsere Ansichten über den Reichstarif haben wir in einem Artikel der „Solidarität“ festgelegt. Die Festlegung der Löhne in der Tarifvorlage von 1919 entsprach bei weitem nicht der Lohnhöhe, die Berlin schon hatte. Die Staffelung bei den Männerlöhnen war für Berlin ebenfalls etwas Neues und brachte Berlin Verschlechterungen. Wie hat denn die Tarifpolitik auf unsere Kolleginnen eingewirkt? Sie wird von dem Unternehmer noch mehr ausgenützt als die Männer, ihr Lohn aber soll nur 50 Prozent des Gehilfenlohnes betragen, und da will Kollege Graßmann von Gleichberechtigung reden, die die Tarifverträge bringen. Und welche Ungerechtigkeit liegt in der Bemessung der Teuerungszulagen, die bei dem einen Teil geringer sein soll, als ob er nicht gleich dem andern unter der Teuerung leidet. Die Spannung zwischen den Löhnen muß durch die Berechnung der Zulagen immer größer werden, und sie sind es geworden. Es ist daher die höchste Zeit, daß wir nicht, wie Bucher will, an dem Bestehenden festhalten, nein, wir müssen neue Wege suchen, um aus diesem, für uns schädigenden Verhältnis herauszukommen. Die Bestimmungen über den Schutz der Jugendlichen an den Maschinen bedeuteten für Berlin ebenfalls Verschlechterungen. Die Sicherungen im Tarif haben nur Wirkung, wenn die Organisation kräftig genug ist, ihre Anwendung herbeizuführen. Außerdem standen alle diese Sicherungen nur in den Uebergangsbestimmungen, waren alle nur für eine gewisse Zeit gültig und wären uns später genommen worden, wie 1911 der § 14 der „Allgemeinen Bestimmungen“. Von uns werden andere Mittel, wie es besser gemacht werden kann, verlangt, wir können sie angeben. Auch ohne Tarif durch gemeinsam festzusetzende Löhne, die durch die Kraft der Organisation im freien Spiel der Kräfte erzwungen werden, kann auch der Provinz geholfen werden. Wir haben alles Interesse daran, die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker zu zerbrechen, um so von ihr loszukommen. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, unter dessen Protektorat wir gestellt werden sollen, bedeutet für uns eine Gefahr. Solange die Arbeiter in verschiedene Berufsorganisationen geteilt sind, wir nicht einer Einheitsorganisation angehören, werden sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bessern können. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Nachmittag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Kommission zur Festsetzung der Diäten gewählt. Der Kommission gehören an die Kollegen Krapf-Röln, Mierch-Dresden, Schmid-München, Sparthl-Hannover, Rieger-Karlsruhe.

Lehmeyer-München: Koll. Kraas konnte nicht angeben, durch welches Mittel die Tarifgemeinschaft ersetzt werden können. In München haben die Mitglieder auf das revolutionäre Rätesystem zugunsten augenblicklicher Zulagen, die eine Besserstellung ihrer Lebenslage ermöglichen, verzichtet. Ich habe nicht, wie Kraas behauptet, in München ein Flugblatt gegen den Reichstarif herausgegeben, sondern geschrieben, daß nach Abschaffung des Tarifes durch die Unternehmer auf die Erreichung der tariflich vorgeschlagenen Löhne gedrängt werden muß und mit allen Mitteln die abgelehnten Positionen zu erkämpfen sind. In München haben die Leute keine Lust, sich auf den Rimmerleitnick zu verstoßen zu lassen. Sie wollen praktische Erfolge sehen. Sie verlangen den Tarif. Wenn Koll. Seib-Abkommen haben uns die Berliner keine Zulagen gebracht, die hatten wir schon, ehe der Abschluß in Berlin erfolgt war. Mit radikalen Phrasen kann man den Arbeitern nicht helfen. Versuchen wir, sozialistische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Gemeinsame Agitation und Organisation nur kann uns nützlich sein!

Volter-Berlin: Wir sind überzeugt, daß die rein gewerkschaftliche Arbeit nicht zum Ziele führt, die Räteanhänger wollen so zum Zusammenbruch vorbereiten, damit sie sofort instand sind, die Produktion zu übernehmen. Die Gewerkschaften haben selbst eingesehen, daß der Gedanke der Betriebsräte nicht mehr aus den Köpfen der Arbeiter herauszubringen ist. Darum hat auch die Berliner Gewerkschaftskommission die Organisierung der Betriebsräte beschlossen. Der Redner verbreitet sich eingehend über die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Am 9. November 1918 haben die Arbeiter die Einigung verpaßt, die Betriebsräte, das hat uns die Konferenz in Halle gezeigt, haben mehr als rein

wirtschaftliche Fragen zu erledigen. Auch der Gewerkschaftsbund wird noch zu der Ansicht kommen, daß die Betriebsräte eine eigene Organisation brauchen. Wenn er sich dem Willen der Arbeitererschaft entgegenstellen will, werden die führenden Gewerkschaftsführer entfernt werden. Solange die Gewerkschaften es nicht ernst meinen mit dem Sozialismus und dem Klassenkampf, wird eine Einigung nicht möglich sein. Wir propagieren nicht die Zersplitterung, sondern die Revolutionierung der Gewerkschaften.

Heyer-Leipzig: Auch wir in Leipzig sind mit dem Reichstarif nicht einverstanden gewesen. Unser Gauleiter hat seine Tätigkeit am Orte vernachlässigt. Beim letzten Streik hat er, trotzdem die Arbeiter beschlossen hatten, den Streik fortzusetzen, die Streikenden gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Darum hat auch der Ortstarif nicht gebracht, was wir erwartet haben. Behreht hat eine Vorlage ausgearbeitet, ohne uns davon Kenntnis zu geben. Wir mußten uns erst durch die Unternehmer aufklären lassen. Da aber unerwartet schon Vorbesprechungen gepflogen waren, gelang es uns, in den Ortstarif noch einige Verbesserungen hineinzubringen. Hoffen wir, daß in Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten mit Gauleitung, Vorstand und Mitgliedschaft ermöglicht wird.

Rupprecht-Würzburg: Wir haben hier praktische Arbeit für die Kollegenschaft zu leisten und nicht Reden zu halten, die nach dem Auspruch von Kraas nur für das Protokoll hergedruckt sind. Die Reden von Volter haben keinen Wert, wenn nicht Taten darauf folgen. Warum wird denn in den Kommunen, wo die Räteanhänger die Mehrheit haben, nicht die Sozialisierung durchgeführt? — Die Berliner Kollegen hat niemand gehindert, für die Provinz einzutreten. Aber wir brauchen keine Worte, sondern Taten.

Rieger-Karlsruhe: Wir haben in der Provinz nicht die Kraft, allein zu erreichen, was für unsere Verhältnisse notwendig ist. Wir brauchen den Reichstarif. Und bringt er auch den großen Druckstädten nicht bedeutende Verbesserung, so doch immerhin Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind. Die Unternehmer werden bei der Stellungnahme der Berliner Kollegen nicht mehr großen Wert auf den Reichstarif gelegt haben. In der Hilfe der Schwachen liegt auch ein Teil Sozialismus. Kollege Rieger bepricht dann die einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Ein Lohnunterschied von höchstens 10 Prozent zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern müssen wir verlangen. Wir wissen auch, daß die augenblicklichen Zulagen nur ein Notbehelf sind, aber wir brauchen sie doch. Wir müssen unbedingt die tarifliche Regelung unserer Arbeits- und Lohnverhältnisse zu regeln versuchen.

Graßmann-Gewerkschaftsbund: Es wird keine gewerkschaftliche Maßnahme geben, die so im Brennpunkt der Meinungen gestanden hat, wie die Tarifgemeinschaften. Die Tarifgemeinschaften sind die Stipulation von Waffenstillstandsbedingungen. Sie gewährleisten auch dem Arbeiter die gleichen Löhne in Zeiten der Krise. Es ist nicht wahr, daß durch die Tarifgemeinschaften die Arbeiterschaft verendet ist. Wir haben in den letzten Jahrzehnten durch unsere gewerkschaftliche Arbeit teil an dem sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. In der tariflichen Zeit der Buchdrucker war der größte Teil der Organisierten gezwungen, verdetzt zu stehen. Ein Beweis, daß die Tarifgemeinschaften den revolutionären Clan gelähmt hat, ist wohl dadurch nicht erbracht worden. Heute garantiert die Tarifgemeinschaft eine Stabilität der Löhne. Der starke Mann in der Versammlung ist nicht immer der starke Mann im Betriebe. Was die Opposition also jetzt will, haben wir vor Jahren gehabt, keine Tarifgemeinschaft, aber bessere wirtschaftliche Verhältnisse hatten wir nicht. Für Arbeitsgemeinschaften und Tarifgemeinschaften gilt der Satz, daß wir sie in dem Augenblick aus der Hand geben, wenn wir etwas Besseres, Zweckmäßigeres dafür haben. Der Generalstreik kann nur das letzte Mittel des werktätigen Volkes sein. Wir führen doch den Kampf nicht um des Kampfes wegen, sondern um zu siegen. Wenn die Arbeiterschaft in einer großen Einheitsorganisation vereinigt wäre, müßten sie doch auch mit den Unternehmern in ein gewisses Verhältnis kommen. Die Tarifgemeinschaft bildet keinen Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Existenz. Der wahre Revolutionär ist derjenige, der still und unauffällig handelt und nicht auf dem öffentlichen Markt laut schreit. — Die Betriebsräte in den Gewerkschaften sind nach den von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Richtlinien zu organisieren. Ihre Stellung ist dort klar festgelegt. Aus manchen wenig klaren Ausführungen der Räteanhänger ist zu entnehmen, daß sie aus reinem Betriebsegoismus sich zu eigenen Organisationen zusammenschließen wollen.

Ausbau des Betriebsrätegesetzes und die Arbeit der Betriebsräte im innigsten Konnex mit den Gewerkschaften wird der Arbeiterschaft der rechte Weg gewiesen.

Krummrei-Berlin. Die Auswirkung der Löhne auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft muß von der wirtschaftlichen Seite beluchtet werden. Der Boden des Klassenkampfes ist von den Gewerkschaften durch die Kriegspolitik verlassen worden. Die Arbeitsgemeinschaften können als Mittel zum Befreiungskampfe der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Daß eine plötzliche Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaftsform in eine Bedarfswirtschaft möglich ist, beweist die Umstellung der Betriebe bei Beginn des Krieges. Die Nationalistische Theorie über den Marxismus hat auf die russischen Verhältnisse bei Einführung der Rätebürokratie keine Anwendung finden können. Die Kraft der Gewerkschaften ist gebremst, sie reicht nicht aus, die Arbeiter vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Auch in den Produktionsprozessen können die Gewerkschaften nicht regelnd eingreifen. Der jetzt durch das Sinken der Valuta entstandenen wirtschaftlichen Situation, die zur Schließung von Betrieben auch im Buchdruckgewerbe geführt hat, stehen die Gewerkschaften fast machtlos gegenüber. In Rußland ist es notwendig, daß die konterrevolutionären Elemente mit eiserner Hand niedergehalten werden. Das Räteystem ist nicht daran Schuld, daß Rußland gehungert hat. Die von den Gegnern behaupteten Gebiete, die Getreide, Del und Erze bergen, sind jetzt wieder durch die rote Armee befreit. Rußland ist unüberwindlich, es schreitet auch wirtschaftlich unaufhaltsam vorwärts. Rußland ist nicht auf die Hilfe der Entente angewiesen, hat Gold und Rohprodukte genug, um selbst seine Wirtschaft wieder aufzurichten. Bewiesen ist es nicht, daß die Demokratie das allein richtige Prinzip ist. — Wir haben auch in der Reichsdruckerei praktisch gearbeitet, haben die zentral festgelegten Feuerungszulagen erhöht. Doch nutzt uns das wenig, wir müssen uns auf den Klassenkampf einstellen. Wir brauchen den politischen Generalstreik und die Bewaffnung des Proletariats.

Bucher (Schlußwort). Die Gegner der Tarifpolitik prüfen die Notwendigkeit der Revolutionierung des Proletariats und die Propaganda des Klassenkampfes. Die fortwährenden Niederlagen sollen nach Meinung von Krummrei dazu beitragen, die revolutionäre Energie der Arbeiterschaft zu heben. Glaubt man dann auf der Gegenseite, daß das verarmte, verelendete, zermürbte Proletariat besser geeignet ist zur Durchführung des Endkampfes? Wir haben zunächst dafür zu sorgen, daß für die Hebung der Klassenlage alles barangelegt wird. Von den andern unterscheiden wir uns nur dadurch, daß wir große schöne Worte nicht machen und nüchtern und klar den Tatsachen gegenüberstehen. Wir müssen die Organisationsarbeit dazu verwenden, daß die Hilfsarbeiter die Notwendigkeit des Zusammenchlusses einsehen. Obwohl die meisten Arbeiterkategorien gestreikt haben, sind die Buchdrucker nicht in einen offenen Kampf getreten. Das ist von einem Redner ihnen zum Vorwurf gemacht worden. Haben sich denn die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, verschlechtert, haben sie im Rahmen der Tarifgemeinschaft nicht zähe und erfolgreich gearbeitet? Bei Regelung unserer Lohnverhältnisse müssen wir fest stehen. Der Wille der Hilfsarbeiter muß bei ihren Forderungen einzig und geschlossen sein. Der Vertreter des Verbandes der Steinbrücker und Lithographen läßt erklären, daß er in Fragen der Tarifgemeinschaften mit dem Vorstehenden Seib vom Buchdrucker-Verband durchaus einverstanden ist.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Glöth-Berlin stellt verschiedene Meinungen, die gegen die Mitgliedschaft Berlin verstoßen, richtig.

In namentlicher Abstimmung wird über folgende Resolution abgestimmt:

Der VII. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands hält grundsätzlich an dem Standpunkt fest, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiterschaft im graphischen Gewerbe auf zentraler Grundlage geregelt werden müssen.

Ohne in dem Abschluß von Tarifverträgen das alleinige Mittel zu erblicken, durch welches die Forderungen der Arbeiterschaft restlos erfüllt werden können, hält der Verbandstag sie für das zurzeit zweckmäßigste Mittel zur Förderung der ideellen und wirtschaftlichen Interessen aller Berufszugehörigen.

Der Verbandstag ist daher mit der geplanten Schaffung eines für alle graphischen Arbeiter-

gruppen gältigen Manteltarifes einverstanden, erwartet aber, daß, wenn ein solcher nicht zustande kommt, bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Neuabschluß der Gehilfentariife im Buch- und Steindruckgewerbe auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiterschaft durch diese Tarife mit geregelt und festgelegt werden. Zu diesem Zwecke wird der Verbandsvorstand beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und sich mit den infrage kommenden Gehilfenverbänden und deren Tarifinstanzen ins Einvernehmen zu setzen.

Für den eventuellen Abschluß eines besonderen Reichstariifs der Hilfsarbeiter werden folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Gleichstellung der Allgemeinen Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Feiertags- und Ueberstundenbezahlung, Ferienfestsetzung, § 616 BGB, Schutz der Vertrauensleute usw.) mit denen der Gehilfen.

2. Festsetzung der Tarifdauer mit der gleichen Ablaufzeit der Gehilfentariife.

3. Regelung der Löhne nach den jeweiligen Lebensverhältnissen in entsprechend kurzen Zeitabschnitten.

4. Anpassung der Minimallohne an die der Gehilfen unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage.

5. Ueber das bei den Verhandlungen festgelegte Resultat und den Abschluß des Reichstariifs entscheidet endgültig die Gesamtmitgliedschaft durch Abstimmung.

Die Entschließung wird mit 86 gegen 12 Stimmen angenommen.

Mit Ausnahme von Kraas, Wendt, Krummrei, Marx, Schulze, Kiesefer, Moritz, Wolter, Lauffant, Stache, Jamurath, Uecker (sämtlich Berliner Delegierte), die mit Nein stimmten, hatten alle andern Delegierten mit Ja gestimmt.

Der Diätenabj wird auf 60.— Mf. festgelegt und außerdem für die Sitzungstage ein Votelschlag von 15.— Mf. bewilligt. Der ausgefallene Arbeitsdienst wird entschädigt, ebenfalls die Fahrt 3. Klasse Schnellzug.

Den Bericht der Finanzkommission erstattet Werner-Stuttgart. Der § 4 soll nach dem Kommissionsvorschlag nach dem Antrage Frankfurt a. M. umgeändert werden mit dem Antrag 14 des Verbandsvorstandes.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen. Danach sollen Beiträge und Eintrittsgeld wie folgt festgesetzt werden:

Bei einem Wochentag	bei einem Wochentag	bei einem Wochentag	bei einem Wochentag
1. Klasse bis 50 Mf.	1,— Mf.	1,— Mf.	1,— Mf.
2. " 50—100 "	2,— "	2,— "	2,— "
3. " 100—150 "	2,50 "	2,50 "	2,50 "
4. " über 150 "	3,— "	3,— "	3,— "

Der zweite Teil des Kommissionsantrages wird angenommen.

Angenommen wird die Streichung des Satzes "weibliche Mitglieder sind nicht verpflichtet". In der "Solidarität" soll bei Ausschreibung eines Extrabeitrages darauf hingewiesen werden, daß bei Nichtbegahlung das betreffende Mitglied seine Unterstühtungsrechte verliert.

Nach dem Kommissionsvorschlag werden die Unterstühtungsätze bei Arbeitslosigkeit, die vom Verbandsvorstand vorgeschlagen sind, mit 55 gegen 28 Stimmen angenommen. Die Arbeitslosenunterstühtung wird demnach betragen:

1. Klasse nach 52 Beitr. à 1,— Mf.	1,— Mf.	1,25 Mf.	Auf die Dauer von 30 Tagen
" 104 "	" 1,— "	" 1,25 "	" 86 "
" 156 "	" 1,— "	" 1,75 "	" 48 "
" 208 "	" 1,— "	" 2,— "	" 60 "
" 260 "	" 1,— "	" 2,50 "	" 60 "
2. Klasse " 52 "	" 2,— "	" 1,75 "	" 80 "
" 104 "	" 2,— "	" 2,— "	" 36 "
" 156 "	" 2,— "	" 2,25 "	" 48 "
" 208 "	" 2,— "	" 2,50 "	" 60 "
" 260 "	" 2,— "	" 3,— "	" 60 "
3. Klasse " 52 "	" 3,— "	" 2,25 "	" 80 "
" 104 "	" 3,— "	" 2,50 "	" 86 "
" 156 "	" 3,— "	" 2,75 "	" 48 "
" 208 "	" 3,— "	" 3,— "	" 60 "
" 260 "	" 3,— "	" 3,50 "	" 60 "
4. Klasse " 52 "	" 4,— "	" 2,50 "	" 80 "
" 104 "	" 4,— "	" 3,— "	" 86 "
" 156 "	" 4,— "	" 3,50 "	" 48 "
" 208 "	" 4,— "	" 4,— "	" 60 "
" 260 "	" 4,— "	" 4,50 "	" 60 "

Im letzten Absatz soll es heißen, statt 26 geleisteten Beiträgen 39 geleistete Beiträge. Der Antrag wird angenommen.

Beschlossen wird ebenfalls der von Dresden gestellte Antrag zu § 6 Abs. 6.

Zu § 6 Abs. 7 wird nach dem Antrage des Verbandsvorstandes beschlossen und damit die Reiseunterstühtung auf 2,50 Mf. festgelegt.

Als Abs. 8 zu § 6 wird der Antrag von Stuttgart gegen eine Stimme angenommen.

Zu § 8 kann eine Erhöhung der Bezugsbauer der Krankenunterstühtung durch die Kommission nicht vorgeschlagen werden.

Wolken-Leipzig, Vorlov-Leipzig, Nieger-Statzruhe und Lehmeier-München sprechen gegen den Antrag, Mainz-Frankfurt a. M. dafür. Beschlossen wird nach dem Antrage der Kommission.

Die Krankenunterstühtung wird nach dem Antrag Berlin beschlossen. Sie wird betragen wöchentlich:

1. Klasse nach 52 Beiträgen à 1,—	1,—	3,00 Mf.
" 104 "	" 1,— "	" 4,50 "
" 156 "	" 1,— "	" 5,10 "
" 208 "	" 1,— "	" 5,70 "
" 260 "	" 1,— "	" 6,30 "
2. " " 52 "	" 2,— "	" 4,50 "
" 104 "	" 2,— "	" 5,40 "
" 156 "	" 2,— "	" 6,30 "
" 208 "	" 2,— "	" 7,20 "
" 260 "	" 2,— "	" 8,10 "
3. " " 52 "	" 2,50 "	" 5,40 "
" 104 "	" 2,50 "	" 6,30 "
" 156 "	" 2,50 "	" 7,20 "
" 208 "	" 2,50 "	" 8,10 "
" 260 "	" 2,50 "	" 9,00 "
4. " " 52 "	" 3,— "	" 6,— "
" 104 "	" 3,— "	" 6,90 "
" 156 "	" 3,— "	" 7,80 "
" 208 "	" 3,— "	" 8,70 "
" 260 "	" 3,— "	" 9,60 "

Antrag 52 Leipzig 2. Abs. wird angenommen.

Die Streifenunterstühtung wird nach dem Antrage des Verbandsvorstandes festgelegt, danach beträgt die Streifenunterstühtung das 2/3fache der Arbeitslosenunterstühtung, die Sätze für die Kinder betragen 1, 2, 3 und 4 Mf. Ohne Beschränkung der Kinderzahl.

Zu § 9 wird der Antrag des Verbandsvorstandes mit dem Zusatz von Berlin angenommen und ebenfalls der Antrag von Leipzig.

Alle Anträge zu § 17, Abs. 7, werden abgelehnt, da der Vorsitzende erklärt, daß besondere Aufwendungen der Gauvororte von der Verbandskasse getragen werden.

Die Einführung einer Sterbefasse wird gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Der Verbandstag beschließt: Die vom Verbandstag beschlossenen materiellen Änderungen des Statuts treten am 1. Oktober in Kraft. Wer fünf Jahre dem Verbandsangehörig und 260 Beiträge geleistet hat, erhält Unterstühtungsätze seiner Klasse und Staffel.

Die Extrabeiträge bleiben bis zum Inkrafttreten des neuen Statuts bestehen.

Neueintretende Mitglieder erhalten für die ersten zwei Jahre ihrer Mitgliedschaft eine Mitgliedskarte.

Gehälter der Angestellten:

Die Angestellten werden in vier Klassen eingeteilt:

Klasse 1: 1. Vorsitzender und Kassierer; Klasse 2: 2. Vorsitzender, Redakteur und Gauleiter; Klasse 3: Leitende Ortsbeamte; Klasse 4: Ortsbeamte in nichtleitender Stellung.

Dem Gehalt ist das Minimum der Maschinenfeger in Lohnklasse C des Buchdruckertariifs zugrunde gelegt worden. Dazu kommt in Klasse 1 40 Prozent, in Klasse 2 35 Prozent, in Klasse 3 30 Prozent und in Klasse 4 25 Prozent des Ortes, in dem der Angestellte seinen Wohnsitz hat.

Bei weiterer Verteuerung der Lebenshaltung setzt Verbandsvorstand und Beirat neue Zulagen fest. Für den 1. Vorsitzenden und die Gauleiter soll eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines Monatsgehaltens jährlich gezahlt werden. Ferien erhalten alle Angestellten im ersten Jahre ihrer Tätigkeit zwei Wochen, nach dem ersten Jahre vier Wochen. Für Hilfskräfte kommt bei der Gehaltfestsetzung der Tarif ihrer Organisation in Betracht, ebenfalls bei den Organisationsvertrag festgelegten Ferien, mindestens aber zwei Wochen.

Nachmittagsitzung.

Die Wahlen haben folgendes Ergebnis: Von abgegebenen 97 gültigen Stimmzetteln erhielten:

1. Vorsitzender Bucher 75 Stimmen, 2. Vorsitzender Horke 58 Stimmen, Verbandskassierer

Podahl 95 Stimmen, Redakteur Schulze 81 Stimmen.

Auf den Kollegen **Grohmann**, der zum 2. Vorsitzenden vorgeschlagen war, entfielen 38 Stimmen.

Die gewählten Funktionäre erklärten, die ihnen übertragenen Ämter annehmen zu wollen, und bitten um die tatkräftigste Unterstützung bei der Ausübung ihrer verantwortungsvollen Stellung.

Bucher. Verschiedene Anstellungen haben vorgenommen werden müssen. Der Verbandstag wird diese provisorischen Anstellungen zu bestätigen haben. Einwendungen werden nicht erhoben. Der Verbandstag beschließt demgemäß.

Es werden die **Allgemeinen Anträge** behandelt.

Der Antrag von **Freiburg** über Einteilung der Gauen nach der Organisation der Buchdrucker wird dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein Antrag von **Dresden**, für Agitationsmaterial in den Zahlstellen zu sorgen, wird von **Herrmann** begründet, der bedauert, daß die Gewerkschaftliche Frauenzeitung nur in zwei Exemplaren den Zahlstellen zugeht und die Betriebsrätezeitung überhaupt noch nicht zugegangen ist. Der Verbandstag erkennt die Notwendigkeit der Beschaffung von Agitationsmaterial an.

Kollege **Loepel-Magdeburg** beantragt, daß die Zahlstellen die Kosten für die Betriebsrätezeitung übernehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag 131 von **Hamburg** wird zurückgezogen.

Stuttgart beantragt, der Verbandsvorstand solle von Zeit zu Zeit große Agitationsversammlungen ansetzen.

Der Antrag wird angenommen.

Söther-Eberfeld begründet einen Antrag seiner Zahlstelle, der auch für das rechtsrheinische Gebiet einen Gaubeamten angestellt haben will.

Der Verbandstag beschließt, den Antrag dem Verbandsvorstand und Beirat zu überweisen.

Ein Antrag von **Freiburg**, betr. eine Kundgebung gegen den Papierwucher, wird einstimmig dem Graphischen Bund überwiesen.

Der nächste Verbandstag findet in **Hamburg** statt.

Ueber die Einrichtung einer Invalidenkasse für erwerbsunfähige Angestellte kommt es nach einer Begründung und einem Bericht des Redakteurs **Schulze** über die geleisteten Vorarbeiten zu einer kurzen Debatte. Die ganze Angelegenheit wird dem Verbandsvorstand und Beirat überwiesen.

Für den Kollegen **Uebend** und die Kollegin **Leske** wird ein Ruhegehalt von 6000,— Mk. einschließlich der von der Unterstützungsvereinigung gezahlten Unterstützung einstimmig beschlossen.

Eine Beschwerde des angestellten Kollegen **Schmidt-Leipzig** ist durch den Beschluß des Verbandstages über die provisorischen Anstellungen erledigt.

Eine Beschwerde des Kollegen **Fuß-Berlin**, seinen Ausschluß aus dem Verband betreffend, veranlaßt eine längere Debatte über die Person des Kollegen **Fuß** und die Vorgänge, die zu seinem Ausschluß geführt haben. Die Beschwerde wird abgelehnt.

Der Kassierer der Zahlstelle **Düsseldorf** hat einen Betrag von über 4000,— Mk. verloren. Ein Antrag von der Zahlstelle liegt vor, den Betrag auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Auf allgemeinen Wunsch wurde beschlossen, der im vorigen Jahre verstorbenen Verbandsvorsitzenden und Gründerin des Verbandes **Paula Thiede** als äußeres Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung ein Grabdenkmal zu setzen. Mit der Ausführung wird der Verbandsvorstand betraut.

Sonntag, den 18. Juli 1920

Vormittagsitzung.

Kollege **Kedling-Nürnberg** als Berichterstatter der Statutenberatungskommission bittet von einer Namensänderung des Verbandes abzusehen.

Schmid-München ersucht, die Fassung der Kommission abzulehnen.

Der Verbandstag beschließt, den Namen des Verbandes in „**Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen**“ umzuwandern.

Im übrigen wird die Fassung des § 1 nach dem Vorschlage der Kommission angenommen.

Zum § 2 schlägt die Kommission die Annahme des Antrages des Verbandsvorstandes vor, mit der Einfügung „unter Ausschluß parteipolitischer und religiöser Fragen“ im ersten Absatz. Außerdem soll als besondere Aufgabe des Verbandes „die Wahr-

nehmung der Rechte der Betriebsräte“ im Statut festgelegt werden.

Nach längerer Aussprache, die erst durch einen Antrag auf Schluß der Debatte beendet wurde, nimmt der Verbandstag den § 2 in der Kommissionsfassung mit Streichung des ersten angeführten Satzes an.

§ 3 (Ausnahme) findet ohne Aenderung Annahme. § 12 (Austritt und Ausschluß) ebenfalls. § 13 (Verwaltung des Verbandes) wird gegen eine Stimme angenommen. § 14 (Verbandsvorstand). Ueber den ersten Absatz, der die Zahl der Vorstandsmitglieder festsetzt, kommt es zu längeren Auseinandersetzungen. Die Berliner und Leipziger Vertreter befürworten die Erhöhung der Mitglieder auf neun Personen. Kollege **Kreischmar-Leipzig** stellt einen entsprechenden Antrag.

Dieser Antrag wird angenommen.

Der Verbandsvorstand soll aus drei besetzten und sechs unbesetzten Mitgliedern bestehen.

Die Sekretäre des Verbandsvorstandes haben beratende Stimme.

Abatz 2 wird unverändert angenommen.

Abatz 3, der bestimmt, daß aus verschiedenen Orten die unbesetzten Vorstandsmitglieder gestellt werden sollen, findet Widerspruch bei den Berliner Delegierten, die auf die technischen Schwierigkeiten und die aus diesem Antrag entstehenden Kosten hinweisen. **Schmid-München** tritt für den Antrag der Kommission ein. Nach lebhafter Debatte wird der Antrag der Kommission mit 44 gegen 40 Stimmen angenommen.

Abatz 10 (Revisionskommission) wird mit 53 gegen 31 Stimmen angenommen. Damit war der Antrag **Moriz**, auch die Mitglieder der Revisionskommission nicht in Berlin, sondern an verschiedenen Orten zu wählen, abgelehnt.

Alle andern Absätze werden mit kleinen Aenderungen nach der Vorlage der Kommission angenommen.

§ 15 (Beirat) Nach der Begründung der Kommissionsvorlage durch **Kedling**, dem **Lohse-Hamburg** beitrifft, kritisieren **Herrmann-Dresden**, **Krumrei-Berlin** und **Grohmann-Berlin** die Vorlage. **Schmid-München** wendet sich ebenfalls gegen die beantragte Zusammensetzung des Beirats, die nur eine erweiterte Gauleiterkonferenz darstellt.

Der Verbandstag beschließt, daß die leitenden Personen des Verbandsvorstandes und der Redakteur an den Sitzungen des Beirats mit beratender Stimme teilnehmen. Die Gauleiter sollen nach Verständigung des Verbandsvorstandes mit dem Vorsitzenden des Beirats zu den Sitzungen hinzugezogen werden.

Der Beirat besteht aus je einem nichtangestellten Mitglied eines jeden Gauses und der gleichen Anzahl Stellvertreter, welche durch Urwahl in den Gauen gewählt werden.

Der Vorsitzende des Beirates wird auf dem Verbandstage gewählt und darf nicht Angestellter des Verbandes sein.

Dem Beirat gehören ferner mit beratender Stimme an: die leitenden Personen des Verbandsvorstandes, der Redakteur und auf Erfordern des Beirates die Gauleiter.

Der Verbandsbereich hat in allen wichtigen und tief einschneidenden Fragen des Verbandeslebens, zu deren Entscheidung die Einberufung eines Verbandstages nötig, aber die Zeit zu kurz oder dessen Verurteilung zu große Ankosten verursacht, zu entscheiden; z. B. bei Statutenänderungen, die sich durch veränderte Verhältnisse oder behördliche Maßnahmen notwendig machen, bei Ausschreiben von Extrabeiträgen, bei Einschränkung oder Einstellung einzelner statutarisch festgelegter Unterstützungsweige, bei reichsaristischer Regelung einzelner Spartenlöhne usw. hat er mitzuwirken. Er soll nach Bedarf einberufen werden. Die Einberufung muß erfolgen, wenn drei Viertel seiner Mitglieder es beantragen.

Die Bestimmungen über die Gaeinteilung, § 16, werden unverändert nach dem Kommissionsvorschlag angenommen.

In den § 17 (Zahlstellen) will **Grohmann-Berlin** die folgende besondere Bestimmung einfügen: Der Kassenbestand der Lokalkasse sowie alle sonstigen örtlichen Vermögensgegenstände bleiben Eigentum der örtlichen Mitgliedschaft. Die zuletzt mit der Geschäfts- und Kassenführung am Orte betrauten Personen haften den Mitgliedern für die ihrer Obhut anvertrauten Vermögensbestände.

Der Antrag wird angenommen. Der Kommissionsvorschlag kommt ebenfalls zur Annahme.

§ 18 (Verbandstag) Zu dem Antrag der Kommission will **Krumrei-Berlin** die Beitragsberechnung, nach der in den Gauen gewählt werden soll, geändert haben. **Herrmann-Dresden** begrüßt den

vorgeschlagenen Wahlmodus, wendet sich aber dagegen, daß die Gauleiter ohne Wahl an der Verbandsgeneralversammlung teilnehmen können.

Grohmann-Berlin will die Verbandsperiode auf zwei Jahre festgelegt wissen. Verbandsvorstand und Beirat sollen dann das Recht haben, wenn die Einberufung des Verbandstages nicht notwendig erscheint, die Einberufung des ordentlichen Verbandstages auf ein Jahr hinauszuschieben. **Wolter-Berlin** schlägt vor, den Gauleitern, die nicht gewählt werden, die Teilnahme mit beratender Stimme zu gestatten. **Schmid-München** befürwortet die Vorlage der Kommission. **Beyer-Leipzig** bittet, festzulegen, daß die Beratungsvorlagen zum Verbandstag mindestens 14 Tage vorher den Delegierten zugestellt werden müssen.

Nach reger, manchmal erregter Debatte werden die Bestimmungen für den Verbandstag wie folgt angenommen:

Verbandstag.

§ 18. Verbandstage finden in der Regel alle drei Jahre statt; jedoch ist es dem Verbandsvorstand mit dem Beirat gestattet, wenn notwendig und zwingende Gründe vorliegen, außerordentliche Verbandstage einzuberufen, wobei er an die für die regelmäßigen Verbandstage vorgesehenen Fristen nicht gebunden ist.

Der Termin für den Zusammentritt des Verbandstages muß mindestens vier Monate, die Tagesordnung zwei Monate vorher vom Verbandsvorstand in der „Solidarität“ bekanntgegeben werden.

Anträge des Verbandsvorstandes sind vor stattfindendem Verbandstag drei Monate, die der Zahlstellen zwei Monate vorher in der „Solidarität“ zu veröffentlichen.

Die Wahlen zum Verbandstag erfolgen durch Urwahl. Absolute Majorität entscheidet. Jeder Gau bildet einen abgeschlossenen Wahlkreis. Je 600 Mitglieder entsenden einen Delegierten. Reststimmen, welche die Zahl von 200 übersteigen, erhalten einen weiteren Delegierten.

Die Feststellung der Mitgliederzahl geschieht nach den gezahlten Beiträgen in der Weise, daß auf je 40 Beiträge pro Jahr ein Mitglied gerechnet wird.

Gauleiter haben auf dem Verbandstag Sitz und Stimme.

Der Verbandsvorstand ist durch vier Mitglieder vertreten und hat eine Stimme.

Wahlen zum Verbandstag.

Der Verbandsvorstand bestimmt die Zahl der zu wählenden Delegierten. Wahlvorschläge der einzelnen Zahlstellen sind an den Gauvorstand zu richten, derselbe stellt die Vorschlagslisten zusammen, welche zugleich als Stimmzettel gelten. Die Wahlprotokolle sind an den Gauvorstand zu senden und erfolgt endgültige Feststellung des Wahlergebnisses durch das Wahlkomitee des Gauvorortes. Einzelzähler senden die Stimmzettel in verschlossenen Kuvert mit der Aufschrift „Wahl“ an den Gauvorstand.

Der Verbandstag erledigt:

1. die ihm unterbreiteten Anträge,
2. die Genehmigung der Rechenschaftsberichte,
3. die Entgegennahme der Situationsberichte,
4. die Festsetzung der Gehälter der Angestellten sowie die Tagesgelber für die Delegierten,
5. die Entscheidung über die etwaige Verlegung a) des Sitzes des Verbandes, b) des Sitzes der Redaktion,
6. die Bestimmung des Ortes des nächsten Verbandstages.

Der Verbandstag gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Die Tagesordnung wird vom Verbandsvorstand in Vorschlag gebracht.

§ 19 (Presse). Dazu beantragt **Grohmann-Berlin** die Streichung des Wortes Beirat und dafür Redaktionskommission zu setzen. Der Antrag wird angenommen und als Sitz der Redaktionskommission Berlin bestimmt.

Presse.

§ 19. Das Organ des Verbandes führt den Namen: „Solidarität“, erscheint bis auf weiteres wöchentlich.

In allen wichtigen Angelegenheiten, das Verbandsorgan betreffend, ist seitens der Redaktion eine Beschlußfassung der Redaktionskommission herbeizuführen und diesem Beschluß Rechnung zu tragen. Als wichtige Angelegenheiten sind anzuzählen:

1. ein eventueller Redaktionswechsel,
2. ein öfteres Erscheinen oder eine vorübergehende Vergrößerung resp. Einschränkung des Umfangs der Zeitung,
3. Meinungsverschiedenheiten über den Abdruck prinzipieller Artikel.

Im Verbandsorgan sind alle Publikationen des Verbandes zu veröffentlichen. Zur Mitarbeit sind alle Mitglieder berufen, und haben das Recht, vom Redakteur zurückgewiesene Berichte zur Beschlussfassung an den Beirat einzuliefern. Befürwortet dieser die Beschlüsse, so ist der zurückgewiesene Artikel von dem Redakteur in der „Solidarität“ zu bringen.

Die Schlussbestimmungen werden nach kurzer Debatte angenommen.

Das ganze Statut wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Besichtigung des Verbandsvorstandes soll aus den Orten Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Magdeburg, Potsdam, Hannover erfolgen.

Als Vorsitzender des Beirats wird Kollege Schmid-München einstimmig gewählt.

Unter

Verschiedenes

wird über die Besichtigung des Gewerkschaftskongresses beschlossen, daß der bisherige Modus beibehalten wird.

Für die Durchführung des Protokolls soll eine Umfrage nach dem Bedarf an die verschiedenen Zahlstellen angestellt werden, nach der die Auflage festgelegt wird. Das Protokoll soll zum Selbstkostenpreis abgegeben werden.

Der Antrag Dresden, vor dem nächsten Verbandsstag einer Statutenberatungskommission die Anträge zu übergeben, wird abgelehnt.

Kollege Wetzlar-Wien. Die österreichische Kollegenchaft hat mit größtem Interesse Ihren Arbeiten entgegen gesehen. Ihre Erfolge sind auch unsere. Wir freuen uns, daß Sie hier mit deutscher Verbündetheit alle prinzipiellen Gegensätze geklärt und eine Einigung gefunden haben. Die Einheitsfront der Gewerkschaften muß gewahrt bleiben. Unser Wunsch, die Vereinigung mit den deutschen Arbeitern, ist aus dem Bestreben geboren, eine wirtschaftliche Einheitsfront zu schaffen.

Lothar-Hamburg dankt im Namen aller Delegierten den Frankfurter Kollegen und Kolleginnen für die Gastfreundschaft.

Bucher gibt in seinem Schlusswort einen kurzen Ueberblick über die geleisteten Arbeiten und betont dabei, daß auf Grund der gefassten Beschlüsse versucht werden muß, das Möglichste für unsere Mitglieder zu erreichen. Viel ist von Einigkeit gesprochen worden. Die Funktionäre haben die Pflicht, in kollegialer Zusammenarbeit den Mitgliedern Vorbild zu sein.

Nach Dankesworten an Mitglieder und Gäste wird der Verbandsstag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Aus unseren Zahlstellen.

Mainz. Am 18. Juni fand im „Goldnen Pflug“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der auch Vertreter der übrigen graphischen Berufsorganisationen teilnahmen. Kollege Müller sprach über die Haltung der Prinzipale auf die Forderungen der Hilfsarbeiterschaft (Ferienfrage). Er gab eingehend Bericht über die Lage, die durch die einseitige Haltung der Mainzer Prinzipale sich stetig zuspitzt. Die Einreichung des örtlichen Lohn- und Tarifes mit Einschluß auch der Bundeslichen wurde von den Prinzipalen dahin beantwortet, daß man bereit sei, die Teuerungszulagen dem Hilfspersonal über 17 Jahre alt zu zahlen, wie solche in der Leipziger Tagung vom 10. bis 13. Mai festgelegt wurden, daß es den Herren aber nicht möglich sei, die Arbeitsbestimmungen vom vorigen Jahr zu ändern, da ihnen dieselben vollständig genügen. Auch sei die Festsetzung der Löhne ausschließlich Sache der Prinzipalsorganisation geworden. Auf die Tatsache hinweisend, daß doch in Leipzig auch festgelegt wurde, daß die Teuerungszulagen für die Jugendlichen örtlich verhandelt werden sollten, gaben die Herren erst gar keine Antwort. Auf erneutes Drängen lehnten sie wiederum jede Verhandlung ab und verwiesen auf den „kommenden Reichstags“, der ja alles regeln werde. An dieser Ledigkeit hat sich die Mainzer Kollegenchaft aber schon den Magen verborgen. Unter den Mainzer Prinzipalen befindet sich ein gewisser Teil, denen eine Tarifsteuerung des Hilfspersonals ein Grauel ist. Allen voran steht der Druckereibesitzer Schneider, strammes Mitglied der Deutschen Volkspartei und Verleger der „Wacht“. Dieser Herr sträubt sich mit Händen und Füßen gegen einen Hilfsarbeitertarif (wie früher auch gegen einen Buchdruckerarif), versuchte aber früher Lehrverträge für Hilfsarbeiter abzuschließen mit einem Wochenlohn von 5 Mk. im ersten und 7 Mk. im zweiten Lehrjahre. Jetzt stellt man die Leute als Ausläufer ein zu einem Wochenlohn von 20 Mk. bei achtstündiger Arbeitszeit, bedient sich ihrer im

inneren Betrieb und umgeht so die örtlichen Abmachungen. Herr Schneider rejoniert über die übertriebenen Forderungen der Arbeiter. Er trat aber noch kurz vor dem Waffenstillstand öffentlich gegen den sogenannten Scheidemannfrieden auf und forderte alle national denkenden Deutschen auf, auszuhalten bis zu einem ehrenvollen Ende. Jetzt, nachdem die Arbeiter und ihr Nachwuchs infolge der Siegespolitik des Herrn Schneider und anderer Groß-Deutschen entwertet und halb verhungert sind, will man sie wieder wie früher unter der Krute halten. Diesem Einfluß haben die Mainzer Hilfsarbeiter den Widerstand zu verdanken, der ihnen bei ihren Tarifbestrebungen entgegen gesetzt wird. Dieser Widerstand ist auch bei den anderen Berufsgruppen im graphischen Gewerbe zu bemerken. Von Mainz kam immer ein böser Wind. Diesen Wind aufzulösen, muß Aufgabe einer geschlossenen Bilanz der graphischen Arbeiterschaft des gesamten rheinischen Gebietes sein. In der Diskussion fielen scharfe Worte. Es kam zum Ausdruck, daß die Prinzipalität von Mainz, die gegenwärtige Konjunktur benützend, die Hilfsarbeiterschaft provozieren wolle. Das bisherige maßvolle Verhalten der Hilfsarbeiter in Mainz wird ihnen durch Herausforderung gedankt. Wollen die Herren uns diese Meihöhe aufdrängen, uns soll es recht sein. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die verlangt, an dem Tarifgedanken festzuhalten und in Verbindung mit den bestehenden Instanzen mit allen Mitteln, wenn es nicht anders geht, unser Recht zu erzwingen. Nachdem Kollege Müller das mehr als sonderbare und durch Zeugnisse belegte Verhalten der Verbandsmitglieder Peter Igel und Joseph Orth, beschäftigt bei der Firma Schneider, bloßgelegt hatte, stellte Kollege Stauder den Antrag auf Ausschluß der beiden aus dem Verband. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, was allgemeine Genugtuung auslöste. Zum Delegierten zum 7. Verbandsstage wurde einstimmig Kollege Müller gewählt. Nach einigen informativischen Ausführungen über die Organisation der Betriebsräte im graphischen Gewerbe und ihre Rechte und Pflichten, schloß Kollege Müller die Versammlung.

Ausblick.

Die 7. Generalversammlung der Volksfürsorge tagte am 23. Juni d. J. im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konjunkturvereine in Hamburg. Nach Eröffnung derselben durch Herrn Bauer (Berlin) als Vorsitzender des Aufsichtsrates stellte Herr Notar Martin fest, daß 143 Aktionäre mit 916 000 Mk. Aktienkapital vertreten waren.

Dem verstorbenen Vorstandsmitgliede, Herrn Heinrich Wenter, widmete Herr Bauer herzliche Dankesworte. Dann besprach an Hand des gedruckten Berichtes Herr Geschäftsführer Lesche den Bericht des Vorstandes sowie die Geschäftsergebnisse und die Bilanz. Er erläuterte die Ursachen des finanziell nicht ganz befriedigenden Ergebnisses gegenüber dem Betriebsergebnis, das sehr fruchtbar gewesen ist. Die durch die ungeheure Teuerung sich nötig machenden Erhöhungen der Gehälter und Löhne und die gewaltige Steigerung der sonstigen Verwaltungskosten konnten nicht auf die Versicherten durch erhöhte Prämien abgewälzt werden im Gegensatz zu der allgemeinen Warenvertuerung. Sie kommen aber bei der Anrechnung der Dividenden für die bei uns mit Gewinnbeteiligung Versicherten zum Ausdruck, die dafür jedoch Verständnis haben werden. Gegenwärtig schweben in maßgebenden Kreisen Erwägungen, die Teuerung durch Zuschläge zu den laufenden Prämien auszugleichen.

Der Ausbau unserer Organisation war bei Kriegsausbruch noch nicht abgeschlossen und wurde dann jäh unterbrochen. Das Jahr 1919 mußte daher dieser Aufgabe wesentlich mitgewidmet werden. Sie ist heute noch nicht abgeschlossen. Durch die Zusammenlegung von Rechnungsstellen entstehen Bezirksrechnungsstellen. Sie vereinfachen den Verkehr mit der Hauptstelle. Der bei der Gründung der Volksfürsorge erhoffte Anlauf für die Sparversicherung ist nicht eingetreten, weil nicht sofort die hohe Versicherungssumme wie bei der Kapitalversicherung vorhanden ist. Wenn auch die Volksfürsorge heute noch zu den mittleren Versicherungsgesellschaften zählt, so weist der Aufschwung im laufenden Jahre doch darauf hin, daß sie bald zu den großen gehören wird. In dem Sinne bitte er die Herren Aktionäre, auch in ihren Kreisen wirken zu wollen.

In kurzer Aussprache wünschten Herr R u g s Auskunft über die Kriegsunterstützungskasse, Herr U b r e i t über die Kriegerversicherungskasse und Herr C a r t e n s e n über die Abstogung der Kriegsanleihe und das Verhältnis der Befreiung

von der Angestelltenversicherung. Nach allseitig befriedigender Aufklärung durch Herrn Lesche wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt und die Bilanz genehmigt.

Gemäß § 36 des Gesellschaftsvertrages wurde die Verteilung des Ueberschusses wie folgt beschlossen:

1. Dem gesetzlichen Reservefonds 33 680,14 Mk.
2. Dem Organisationsfonds 5 Proz. 33 680,14 "
3. Dem Fonds für besondere Reserven 5 Prozent 33 680,14 "
4. Dem Kriegservervefonds 5 Proz. 33 680,14 "
5. An Zinsen für das volleingesetzte Aktienkapital 40 000,— "
6. Der Gewinnreserve der Versicherten 5 Proz. der 9 586 211,60 Mark betragenden Jahresprämie etc. mit Gewinnanteil Versicherten 476 810,58 "

Der Rest von 22 071,76 Mk. wird auf neue Rechnung vortragen. Herr B ä s t l e i n (Hamburg) wurde als Revisor einstimmig wiedergewählt.

Herr E b e r t verzichtete auf Wiederwahl in den Aufsichtsrat, während Herr Junger infolge seiner Wahl zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied ausscheidet. Vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurden als Vertreter der Gewerkschaften: die Herren Bauer und L e i p a r t auf vier, Hermann K u b e auf zwei Jahre, als Vertreter der Genossenschaften: die Herren F r ä h b o r g und S e i f e r t auf vier, M r u s auf zwei Jahre und S c h w e b t als Ersatzmann.

Vielerhunderttausend Mitglieder im Zentralverband der Angestellten. Wohl einzig dastehend im Kreise der Angestelltenorganisationen ist die hohe Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Angestellten. Ein Rückblick auf die ersten Jahre seines Bestehens ist, in bezug auf die Entwicklung der gesamten Angestelltenbewegung, in der er einen führenden Platz einnimmt, interessant und lohnend.

Als im Jahre 1897 der Zentralverband der Handlungsgehilfen gegründet wurde, bestand seine Mitgliederzahl am Ende des ersten Lebensjahres aus ganzen 255 männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten. Das Jahr 1901 wies bereits 1388 Mitglieder auf, die sich im Laufe der nächsten zehn Jahre auf 12 380 erhöhten. In jenen Jahren war es unendlich viel schwerer als heute, die kaufmännischen Angestellten für den freigewerkschaftlichen Gedanken zu gewinnen, prangten doch damals schon der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit etwa 120 000 und der 58er Verein für Handlungsgehilfen sowie der Verband deutscher Handlungsgehilfen nach außen hin mit je 100 000 Mitgliedern! Im Vollgefühl ihrer Ueberlegenheit an Mitgliedern nannten sie den Zentralverband „den kleinen Verband mit dem großen Namen“. Aber das Jahr 1911 wies 15 502, 1914 bereits schon 25 884 Mitglieder auf. Während der Kriegsjahre konnte er seine Mitgliederzahl nicht nur behaupten, sondern sogar steigern. Das Meistwerden der Angestelltenchaft für den gewerkschaftlichen, besonders aber für den freigewerkschaftlichen Gedanken des Zusammenschließens, wurde durch die Veränderung des deutschen Wirtschaftslebens und durch den Krieg gefördert. Noch im dritten Quartal des Jahres 1918 betrug die Mitgliederzahl 31 888, während sie nach der Veränderung der Staatsform, im vierten Quartal auf 66 228 stieg. Ein Jahr später, im dritten Quartal 1919, betrug die Zahl schon 217 423, die durch die Verschmelzung Ende 1919 mit dem Verbands der Bureauangestellten und dem Verbands der deutschen Versicherungsbeamten zum Zentralverband der Angestellten auf 366 051 Mitglieder gesteigert wurde. Am 4. Juni 1920 nun hatte der Zentralverband die Zahl 400 000 erreicht. Der Zentralverband gibt anlässlich seiner Mitgliederzahl von 400 000 eine Gedenschrift heraus, die seinen Mitgliedern sowohl wie allen Interessenten kostenlos zugeht. Dieser Broschüre sind die angegebenen Zahlen entnommen und sie hat gerade als Material für die gewerkschaftliche Entwicklung der Angestelltenbewegung einen besonderen Wert. Die früheren „Großen“ sind von dem anfänglich so kleinen Verbands mit dem großen Namen überflügelt worden und das darf wohl als ein gewaltiger Sieg des freigewerkschaftlichen Gedankens über die Harmoniebesetze angesehen werden. Es ist gewiß, daß in absehbarer Zeit der Tag kommen wird, an dem die kaufmännischen Angestellten sich dem freigewerkschaftlichen Gedanken restlos erschlossen haben und daß die von vielen Seiten angestrebte Einheitsfront der Angestellten gegen den Kapitalismus durch den Zusammenschluß aller im Zentralverband der Angestellten erreicht ist.

Die vorliegende Nummer umfaßt 10 Seiten.